

DEUTSCHER BUNDESTAG

16. Wahlperiode

Enquete-Kommission
„Kultur in Deutschland“

Protokoll Nr. 16/24

Bearbeiterin: Angela Göllnitz

Wortprotokoll

der 24. Sitzung

(öffentlich)

der Enquete-Kommission

"Kultur in Deutschland"

am Montag, dem 26.03.2007, 15:00 Uhr,
Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E 300

Einziges Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema

„Kulturwirtschaft“

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

Beginn: 15:12 Uhr

Die Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sachverständige, insbesondere aber liebe zahlreich erschienene Besucher. Ich begrüße Sie hier ganz herzlich zur 24. Sitzung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Wir freuen uns sehr über das öffentliche Interesse an dieser Anhörung. Es haben sich viele Gäste angekündigt aus Ministerien, sei es aus Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, von den Verbänden, den Industrie- und Handelskammern, den Verwertungsgesellschaften, dem Abgeordnetenhaus von Berlin und den Universitäten. Doch als Wichtigste begrüße ich hier die Kulturschaffenden, die Kreativen.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass diese Sitzung durch das Parlamentsfernsehen aufgenommen wird.

Vor kurzem schrieb der ZEIT-Autor Thomas Schmidt einen Kommentar: Er sagte, wenn es noch eine Ökonomie mit Zukunftsindex geben sollte, dann sei es jene mit der Aufschrift „kreativ“. Seit mehreren Jahren wächst die Kultur- und Kreativwirtschaft, zahlreiche Studien belegen dies. Seien es nationale Studien in Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder Hessen, aber auch in London, in Wien oder Zürich, und auch der neueste EU-Bericht namens „Economy of Culture in Europe“ zeigt, wie Kultur die wirtschaftliche und auch soziale Entwicklung, aber auch Innovation und Zusammenhalt voranbringt. Wir haben es hier unstrittig mit einer Zukunftsbranche mit enormem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial zu tun und auch vor diesem Hintergrund soll 2009 europaweit als Jahr der Kreativität erklärt werden.

Doch gerade auf Bundesebene haben wir, was das Thema Kulturwirtschaft angeht, noch vieles nachzuholen. Kulturwirtschaft oder Creative Industries gehört in anderen Ländern längst zum Sprachgebrauch und ist dort entsprechend institutionalisiert, z. B. in Großbritannien. Deswegen freuen wir uns auch, einen so prominenten Vertreter aus Großbritannien hier bei uns zu haben: Florian Kömpel, er ist Justitiar bei British Music Rights. Seien Sie uns herzlich willkommen. Dort steht die Kulturwirtschaft im Zentrum langjähriger umfassender politischer Programme. Laut einer Studie der KPMG sind die Creative Industries in Großbritannien der derzeit am stärksten wachsende Wirtschaftssektor. Der Sektor wachse in Großbritannien mit 5 % pro Jahr schneller als die gesamte Wirtschaft, so Tony Blair in seiner Rede vor zwei Wochen in der Tate Modern Gallery in London.

Politisch gesehen wacht das Thema Kultur und Kreativwirtschaft bei uns in Deutschland langsam aber sicher aus dem Dornröschenschlaf auf. Es gibt entsprechende parlamentarische Initiativen und soeben wurde im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Arbeitsgruppe Kreativwirtschaft aus der Taufe gehoben. Diese Arbeitsgruppe soll die Handlungsmöglichkeiten für eine Unterstützung und Begleitung des kulturwirtschaftlichen Bereiches durch das Wirtschaftsministerium ausloten. Es ist also erkannt worden: Kulturwirtschaft ist Wirtschaft – und zwar ein bedeutender Teil. Aber Kulturwirtschaft ist auch Kultur und deshalb war in der letzten Woche im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie Staatsminister Bernd Neumann zum Thema Kulturwirtschaft zu Gast.

Kulturwirtschaft lässt sich eben nicht nur auf wirtschaftliche Aspekte reduzieren. Schließlich ist es der Künstler, der Kreative, der am Anfang der Wertschöpfungskette steht und Kulturwirtschaft darf deshalb nicht nur aus wirtschaftspolitischer, sondern

muss auch aus kulturpolitischer Perspektive gesehen werden. Deshalb haben wir übrigens auch in dieser „Kultur“Enquete-Kommission die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem der Schwerpunktthemen dieser Legislaturperiode entwickelt:

Wir haben ein Gutachten zu diesem Thema in Auftrag gegeben, das uns inzwischen vorliegt. Wir haben Anfragen an den Bund, an die Länder, an die Europäische Union, an viele Verbände, an Kammern gestartet. Die heutige Anhörung bildet den Abschluss unserer Bestandsaufnahme. Danach werden wir Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber formulieren.

Vor diesem Hintergrund kommt der heutigen Anhörung eine große Bedeutung zu. Wir haben sie deshalb auch in drei Themenkomplexe geteilt, der Themenkomplex 1 wird sich den Akteuren der Kulturwirtschaft widmen. Wettbewerbsverzerrung zwischen privater und öffentlicher Kultur wird dabei ebenso eine Rolle spielen wie Kreditfonds für die in der Kulturwirtschaft Tätigen oder eine mögliche Änderung der Umsatzsteuerbefreiung für Kulturbetriebe. Für diesen Komplex wollen wir uns die erste Dreiviertelstunde Zeit nehmen. Im Themenkomplex 2, dem politischen Feld, werden wir unter anderem die Institutionalisierung des Politikfeldes Kulturwirtschaft zwischen Wirtschafts- und Kulturpolitik diskutieren. Für diesen Komplex wollen wir uns 30 Minuten Zeit nehmen. Entsprechendes gilt für den dritten Bereich. Dieser betrifft das Thema der Kulturstatistik und damit die Kompatibilität der Systeme in Deutschland und in Europa. Fragen – und das ist an die Mitglieder der Enquete-Kommission gerichtet – sollten kurz und präzise an die Experten gerichtet werden. Ich weiß, dass jeder von uns immer den Wunsch hat, auch eine Stellungnahme oder einen Kurzkommentar abzugeben. Bitte machen Sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, damit wir jedem der anwesenden Mitglieder die Möglichkeit geben können, Fragen

zu stellen. Pro Themenrunde ist es möglich, zwei Fragen zu stellen, entweder beide an einen Experten oder jeweils eine Frage an zwei Experten. Wir werden fraktionsweise vorgehen, um auch jeden zu seinem Recht kommen zu lassen. Damit beginnt die CDU/CSU-Fraktion, dann folgt die SPD-Fraktion, dann die FDP, dann DIE LINKE. und dann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich darf jetzt die Akteure aus dem Bereich der Kulturwirtschaft vorstellen: Links von mir sitzend zunächst einmal Karsten Jahnke vom Verband der Deutschen Konzertdirektionen. Schön, dass Sie da sind. Dann einen schon fast alten Bekannten, Bertram Schultze. Wir haben ihn in der Leipziger Baumwollspinnerei besucht und offensichtlich hat er doch solchen Eindruck gemacht, dass wir ihn gebeten haben, heute bei uns zu sein. Seien auch Sie uns herzlich willkommen. Professor Dieter Gorny als Stellvertretender Vorsitzender des Phono-Verbandes und ganz links Frau Professor Andrea Hausmann, sie ist Juniorprofessorin für Kulturmanagement an der Viadrina in Frankfurt an der Oder. Herzlich willkommen.

Rechts sehen Sie die Experten aus dem Themenbereich Politik, nämlich Florian Kömpel, neben ihm Bernd Fesel aus dem Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft, daneben die Experten des Themenblocks Kulturstatistik, und zwar Katharina Schwalm-Schäfer, Referatsleiterin Kreativwirtschaft im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW. Neben ihr – wie könnte es anders sein, wenn es um die Kulturstatistik geht – auch einen alten Bekannten, Michael Söndermann, unter anderem Mitglied des UNESCO Institute of Statistics in Montreal.

Ich habe das Prozedere dargestellt und bitte jetzt um Fragen. Frau Professor Grütters bitte.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Da wir die schriftlichen Antworten gelesen haben, berufe ich mich darauf und stelle nur vertiefende Nachfragen. Meine gelten Herrn Jahnke, der für den Verband der Konzertdirektoren hier sitzt. Sie beantworten in Ihrer Stellungnahme nicht die Frage zu den Wettbewerbsnachteilen und Wettbewerbsvorteilen, die Sie für die von Ihnen vertretene Branche – das sind die Konzertveranstalter – sehen. Ich beziehe mich auf Frage 3.1 im Fragebogen. Sie verweisen darauf, dass die Beantwortung zuviel Zeit in Anspruch nehmen würde, die wir hier allerdings mündlich auch nur eingeschränkt haben. Trotzdem möchte ich Ihnen die Chance geben, dies mündlich nachzuholen, weil uns das natürlich interessiert. Ich habe noch eine zweite Frage. Sie haben zum Thema Mehrwertsteuer weiteres Material avisiert. Vielleicht können Sie aber zu dieser für uns äußerst relevanten Frage trotzdem auch noch etwas mündlich ausführen. Könnten Sie die Aussagen, die Sie schriftlich getroffen haben, etwas ergänzen?

Die Vorsitzende: Weitere Fragestellung aus der CDU/CSU. Herr Dr. Zehetmair bitte.

Dr. Johann Zehetmair (SV): Ich habe, Frau Vorsitzende, eine grundsätzliche Frage, die mich umtreibt. Wir haben den Begriff der Kulturwirtschaft. Ich höre soeben, dass das Wirtschaftsministerium einen Arbeitskreis eingerichtet hat, der sich mit Kulturwirtschaft und Kreativität befasst. Ich will meine Hämme kurz fassen, doch ich hoffe, dass die Wirtschaft auch ansonsten mit Kreativität zu tun hat. Mir geht es um die Frage an die aktiven Künstlerinnen und Künstler und deren Vertretungen. Wo wären Sie denn lieber? Was ist Ihr Schwerpunkt? Ist es Kultur, die auch wirtschaftlich denken und handeln muss? Oder ist es eine Sparte der Wirtschaft unter Einbeziehung der Begehrlichkeiten der Kultur?

Die Vorsitzende: Ich richte die Frage an Professor Gorny für den Bereich der Musik und Herrn Schultze. Herr Kunze bitte.

Heinz-Rudolf Kunze (SV): Ich habe zwei Fragen an Herrn Schultze. Die Enquete-Kommission hat die Baumwollspinnerei in Leipzig besucht. Ich selbst war nicht dabei, aber ich durfte dort vorgestern eine Lesung durchführen. Das war sehr interessant. Auf der Delegationsreise wurde die Enquete mit den Problemen, die vor Ort vorhanden sind, vertraut gemacht. Könnten Sie diese bitte noch einmal in dieser großen Runde erläutern und Ihre Handlungsempfehlungen deutlich machen? Es geht vor allen Dingen um das Thema einer GmbH, die keine Förderung erhält.

Und die zweite Frage: Nach Ihrer Formulierung sollten mehr kreative Räume geschaffen werden. Könnten Sie auch dies bitte erläutern? Insbesondere im Hinblick darauf, dass ein Gegenargument lauten könnte, dass Kulturwirtschaft eben gerade nicht bedeutet, alte Speicher zu sanieren.

Die Vorsitzende: Frau Binas-Preisendörfer bitte.

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer (SV): Ich möchte ähnlich pragmatisch fragen wie Frau Professor Grütters. Die Akteure haben die Fragen 1 bis 11 nicht beantwortet und deshalb möchte ich hier doch noch mal nachbohren. Es ging ja bei diesen Fragen auch darum, ein Stück weit zu umkreisen, welches eigentlich die für die Kulturwirtschaft wichtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sind. KSK, Basel II, Urhebergesetzgebung oder welche die wichtigen Förderaktivitäten wären, wie z. B. Kreditfonds, kulturwirtschaftliche Kompetenzagenturen, externe Serviceleistungen,

Management-Sharing-Programme. Meine Frage geht dahin: Sind die genannten Instrumente nicht so wichtig oder sind sie nicht so richtig? Und was wäre denn das Wichtige und das Richtige für die Akteure der Kulturwirtschaft?

Die Vorsitzende: An wen richten sich die Fragen?

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer (SV): An Akteure der Kulturwirtschaft.

Die Vorsitzende: Bitte beschränken Sie sich auf zwei.

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer (SV): Dann bitte ich Dieter Gorny und Bertram Schultze.

Die Vorsitzende: Herr Dr. Swatek bitte.

Dr. Dieter Swatek (SV): Ich möchte auf eine etwas andere Art und Weise an das anschließen, was Herr Zehetmair gerade gesagt hat. Nämlich der Frage nach dem Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Teil. Es scheint ja durch die Antworten ein bisschen durch, dass die eine Seite sagt, wir wollen damit eigentlich gar nichts zu tun haben und die andere Seite sagt: „Ihr müsst aber.“

Die Frage an die Akteure und insbesondere an Herrn Jahnke und Herrn Gorny ist: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen öffentlich finanzierter Kulturwirtschaft und privater marktorientierter Kulturwirtschaft? Sollten die Dinge hier nicht im Sinne der Schlagkräftigkeit des gesamten Bereiches stärker zusammengefasst werden?

Die Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Fragestellungen aus der SPD. Dann jetzt Herr Otto bitte.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich schließe an den Bereich an, den Herr Swatek eben angesprochen hat. Die Frage richtet sich an Herrn Gorny und Herrn Schultze, betreffend das Verhältnis zwischen öffentlich geförderter Kultur und Privatwirtschaft. Es ist ja immer die Gefahr – wenn ich einen öffentlich geförderten Bereich und einen sich privat finanzierenden Bereich habe – dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Sehen Sie Möglichkeiten bzw. Kriterien, um das Eine vom Anderen abzugrenzen? Also, was darf öffentlich gefördert werden, ohne dass die sich frei finanzierende Kulturwirtschaft darunter leidet?

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. Jochimsen bitte.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Ich möchte hier anschließen, auch wenn ich die Frage andersrum stelle. Wir erleben eine Diskussion, in der der Warencharakter von Kunst stark in den Vordergrund des Interesses gerückt wird. Und wir erleben, dass der Dienstleistungscharakter des Kreativen stark in den Vordergrund gerückt wird.

Meine Frage geht an Herrn Schultze. Wie wird der Kreative heutzutage mit dieser Gratwanderung fertig, da er letztlich ja wohl doch etwas anderes ist als ein Dienstleister, um Kunst schaffen zu können?

Zweitens: Wie geht der Vermittler damit um? Also sagen wir mal ein Galerist, der mehr sein sollte als ein Dienstleister, gleichzeitig aber auch von dem, was er macht, leben muss?

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Dr. Jochimsen. Ich habe jetzt für diese Frage-
runde keine Wortmeldungen mehr und gebe Ihnen jetzt die Gelegenheit zur Antwort.
Zunächst einmal Herr Jahnke, der mehrfach angesprochen worden war, nämlich von
Frau Professor Grütters und Herrn Dr. Swatek.

Karsten Jahnke (Verband der deutschen Konzertdirektionen): Ich möchte mit der
Beantwortung der zweiten Frage beginnen. Es ist für unsere Branche meiner Ansicht
nach lebensnotwendig, dass dieser Paragraph mit der Mehrwertsteuer geändert wird.
Letzten Endes, wenn wir theaterähnliche Tourneen veranstalten, müssen wir eigent-
lich die Künstler von der Mehrwertsteuer befreien und insofern bin ich natürlich
äußerst erfreut, dass hier davon gesprochen wird, dass man das optionieren könnte,
denn damit wäre das Problem gelöst.

Und dann das beliebte Thema zwischen subventionierter Kultur und von Wirtschafts-
unternehmen unternommener Kultur. Dieses Thema ist äußerst schwierig zu beant-
worten. Es wird keiner bestreiten, dass es unzählige Künstler gibt, die es wert sind,
unterstützt zu werden. Aber es kann ja nicht sein, wie es z. B. bei unzähligen Jazz-
festivals der Fall ist, dass diese über einen Riesenetat verfügen und damit dann
preiswerte Angebote machen können, mit denen wir einfach nicht mithalten können.

Solch eine Diskussion müsste aber anders laufen. Da muss man mit Fakten arbeiten
und die haben wir nicht.

Die Vorsitzende: Dann jetzt bitte Herr Schultze, der sehr grundsätzlich von Herrn Dr. Zehetmair gefragt worden war, wie auch von Herrn Kunze, Frau Professor Binas-Preisendörfer, Herrn Otto sowie von Frau Dr. Jochimsen.

Bertram Schultze (Geschäftsführer der Leipziger Baumwollspinnerei): Herr Dr. Zehetmair, Sie hatten die Frage gestellt: Muss die Kultur wirtschaftlich denken oder – wenn ich es richtig verstanden habe – muss die Wirtschaft mehr für die Kultur mitdenken? Ich bin generell der Ansicht, die Kultur muss wirtschaftlicher denken: Auf der einen Seite muss man der Kultur eine Startup-Phase gewährleisten, wo sie sich einmal in diesem wirtschaftlichen Feld etablieren kann. Auf der anderen Seite muss sie dabei auch immer noch ihre Schwerpunkte in ihrem kulturellen Bereich setzen, wozu sie ja auch da ist.

Herr Kunze, schön, dass Ihre Lesung so gut gelungen ist und dass es Spaß gemacht hat in der Spinnerei. Eine GmbH erhält tatsächlich sehr viel schwieriger als eine Stiftung oder ein gemeinnütziger Verein Mittel aus kulturellen Fördertöpfen. Das ist ein Problem. Da wird von vornherein die GmbH als Fördermittelantragsteller ausgeschlossen, ohne den Inhalt zu prüfen.

Die Aussage, Fläche macht kreativ, ist eine richtige Aussage. Das merkt man gerade in Leipzig. Leipzig hat eine Unmenge an leer stehender Fläche, ist bedroht als Shrinking City und diese Möglichkeit zwingt einem natürlich auch Ideen auf, wie man mit dieser Fläche umgeht. Kreativität wird praktisch vorausgesetzt. Ich bin kein Freund davon, alte Speicher einfach nur zu sanieren, um sie zu sanieren. Allerdings, wenn man klar sieht, dass ein Konzept funktioniert – und ich bin der Meinung, das Konzept der Baumwollspinnerei funktioniert sehr gut – dann entzieht es sich meinem

Verständnis, dass man sich dann trotz verschiedener Fördertöpfe ausgesprochen schwer tut, Ansiedlungen zu ermöglichen. Gemeint sind vor allem Ansiedlungen im kulturellen Bereich. Wir sanieren nicht in einen Leerstand hinein, sondern wir haben ernstzunehmende, sehr interessante Anfragen, von denen man ausgehen kann, dass sie sich auch langfristig etablieren.

Die Vorsitzende: Herr Professor Gorny bitte.

Prof. Dieter Gorny (Stellvertretender Vorsitzender des Phono-Verbandes): Frau Binas hatte nach der Verortung gefragt: Kultur oder Wirtschaft. Ich glaube, das Spannende an der europäischen Diskussion – die bei uns ja das Thema Kreativwirtschaft oder Kulturwirtschaft oder Creative Industries betreffend sehr spät ankommt – ist, dass sie auf europäischer Ebene als eine mögliche Antwort definiert wird für die strukturpolitischen Probleme, die die europäische Kultur- und Wissensgesellschaft bekommen wird, wenn die seismische Verschiebung der globalen Wirtschaftsaktivitäten so weitergeht. Man sagt sehr deutlich, die Creative Industries sind einer der möglichen Leitmärkte der Zukunft. Sie können also hier helfen, die europäische Wissens- und Kulturgesellschaft mit der digitalen technologischen Herausforderung und den globalen, sie umgebenden neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbinden. Wenn das stimmt – und ich glaube, dass es stimmt – und man schaut genau hinein, wo denn dann die wirtschaftlichen Triebkräfte dieser Industrie- und Wirtschaftsbereiche liegen, dann findet man sie im Kulturbereich, im künstlerischen Kulturbereich. Das heißt, ich glaube, dass eine Verortung nur sachübergreifend möglich ist. Wir müssen zum Querschnittsdenken kommen oder wir müssen den Mut aufbringen, die Kulturpolitik strukturpolitisch mitzugestalten. Denn vom Entstehen des geistigen Eigentums durch den Künstler bis hin zur großindustriellen Verwertung ist es ja

eine sehr lange Kette, die aber als Ganzes immer mit dem zu tun hat, was Kunst und Kultur ausmacht.

Es liegt also daran, dass Wirtschaftspolitik erkennt, dass sie ohne den Einschluss von kulturellen, kreativen, künstlerischen, bildungspolitischen Maßnahmen diesen Wirtschaftsbereich nicht effizient diskutieren kann.

Kulturpolitik muss aber auch erkennen, dass ohne das Einbeziehen einer Versöhnungsdiskussion zwischen Kunst und Ökonomie und den ökonomisch globalen digitalen Rahmenbedingungen auch eine effiziente Diskussion nicht möglich sein wird. Wenn man bereit ist zu akzeptieren, dass die Grundlage all dieser wirtschaftlichen Arbeit geistiges Eigentum, das Schaffen geistigen Eigentums ist und sagt, das ist ein roter Faden, der sich durch all diese Wirtschaftsbereiche zieht, nämlich intellectual property driven, dann – um gleich auf die nächste Frage zu kommen – macht es auch durchaus Sinn, den öffentlich-rechtlichen Bereich mit einzubeziehen. Um nämlich zu sagen, dort wird auch geistiges Eigentum produziert.

Wirklich wichtig ist dann nur sich immer klar zu machen, stehe ich vor Wettbewerbsverzerrungen oder nicht. Der eine Bereich, der öffentlich-rechtliche Bereich, produziert, verwertet, verarbeitet geistiges Eigentum weiter unter der Voraussetzung, dass er öffentliche Mittel bekommt, um das zu tun. Der wirtschaftliche Bereich erhält diese nicht.

Wettbewerbsverzerrungen können ganz einfach vermieden werden, wenn man sich darauf konzentriert zu sagen, der öffentliche Bereich kümmert sich um das, was es schwer oder nahezu unmöglich hat am Markt und spielt nicht Markt.

Sehr gut belegbar ist dies an einer sehr eindeutigen Diskussion des dualen Mediensystems. Die Öffentlich-Rechtlichen bekommen Geld dafür, um Dinge zu tun, die es schwer haben am Markt. Die wirtschaftlichen Sender müssen alles, was sie ausge-

ben, vorher einnehmen. Dies wäre ein wunderbares duales System. Die Gefahr besteht darin, dass wir auch in der Medienpolitik dazu neigen, salopp gesagt, aus zwei Säulen eine zu machen. Das heißt, es wird immer gefährlich, wenn ein öffentlich geförderter Bereich anfängt, Wirtschaft zu spielen.

Und dann haben sie natürlich etwas, was gerade im Bereich der Kreativwirtschaft hochgradig signifikant ist. Karsten Jahnke hat das gerade ausgeführt: Sie zerstören eigenständiges kulturelles Anbieten, indem die Märkte im positiven Sinne kaputtgemacht werden durch zu weitgehendes öffentlich-rechtliches Engagement.

Frau Binas, Sie haben gefragt, was wichtig wäre. Das Wichtigste, das wir in dieser Debatte in Deutschland brauchen, ist endlich die Akzeptanz, dass immer, wenn aus Kunst etwas Verwertbares wird, der Markt mit im Spiel ist. Wo sich Kulturpolitik einschaltet in dieser weiten Phase von der künstlerischen Erstellung eines Produktes hin zur großindustriellen Verwertbarkeit, ist dies eine kulturpolitische Entscheidung.

Aber diese Versöhnungsdiskussion ist wichtig, denn das Spannende für mich in der Creative Economy-Diskussion ist die Leitmarktdiskussion. Wenn hier einer der Leitmärkte der Zukunft liegt, dann muss er aktiv durch Kulturpolitik gestaltet werden und dazu gehört auch eine ökonomische Gestaltung. Und dann muss er aktiv von der Wirtschaftspolitik gestaltet werden und dazu gehört auch eine künstlerisch-kulturelle Gestaltung.

Dazu gehört vor allen Dingen – und damit komme ich dann zum Schluss – eine generelle neue grundsätzliche Bewertung und Diskussion des Urheberrechts in Deutschland. Wir kommen im digitalen Zeitalter mit all diesen Industriebereichen nicht weiter, wenn wir nicht endlich lernen, dass eine Neugestaltung des Urheberrechts das Fundament all dieser wirtschaftlichen Aktivitäten ist, das Fundament aller

Möglichkeiten der Künstler und Kreativen und der Verwerter überhaupt „Ökonomie“ zu betreiben.

Und ich glaube, hier liegt die zentrale Herausforderung. Insbesondere, um im diesem Wechselspiel zwischen digitaler Herausforderung, Globalisierung und künstlerischem Eigentum und Kreativität im Bereich der Creative Economy-Diskussion weiter zu kommen.

Hier können Sie dann weiter differenzieren, in Richtung der Fördermaßnahmen oder Grundsatzentscheidungen, worum kümmern wir uns. Ich würde im Augenblick dringend davon abraten, einzelne Bereiche herauszustanzen. Dafür ist die Diskussion und die Chance viel zu groß für den Kulturbereich und den Wirtschaftsbereich und diesen Standort – immer noch der größte europäische Binnenmarkt und eine große Kulturnation – hier bei der Gesamtdiskussion stilbildend und damit auch profil- und kunstbildend mitzumachen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Professor Gorny. Ich eröffne die nächste Frageunde. Zunächst einmal Herr Waitz bitte.

Abg. Christoph Waitz (FDP): Meine beiden Fragen richte ich an Frau Professor Hausmann. Bei den bisherigen Antworten ist deutlich geworden, dass sich die Akteure die Gestaltung der Rahmenbedingungen im Sinne einer gestaltenden Wirtschaftsförderung vorstellen, zumindest habe ich das so herausgehört. Mich würde darüber hinausgehend interessieren, welche Möglichkeiten aus Ihrer Sicht bestehen, um diejenigen, die Kultur vor Ort organisieren, zu aktivieren und zu einem besonders effektiven wirtschaftlichen Handeln anzutreiben.

Es gibt momentan den Begriff der Clusterbildung in der Industrie. Das funktioniert überall dort, wo man relativ große industrielle Betriebe hat. Meine Frage ist, ob die

Bildung von Kulturclustern in dieser Hinsicht eine aktivierende Funktion haben könnte?

Mich würde darüber hinaus interessieren, ob aus Ihrer Sicht Möglichkeiten bestehen, durch ein strategisches Kulturmanagement oder -marketing – bei der unterschiedliche Akteure der Kulturschaffenden, der Kulturwirtschaft und der Politik vor Ort durch eine Zielabstimmung dessen, was denn in einer bestimmten Region kulturwirtschaftlich erreicht werden soll – gute Ergebnisse für das Wirtschaftswachstum einer Region erzielt werden können? Möglicherweise können Sie da auf Beispiele hinweisen, in denen das in Ansätzen schon funktioniert. Recht herzlichen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Waitz. Herr Professor Kramer bitte.

Prof. Dr. Dieter Kramer (SV): Ich habe zwei Fragen, die zusammenhängen. Die erste Frage direkt an Herrn Professor Gorny. „Fördern, was es schwer hat“, ist mir ein bisschen zu wenig. Denn viele Dinge haben es schwer. Dies setzt ja eigentlich einen Prozess voraus, in dem diskutiert wird, was von dem, was es wirklich schwer hat, in diese Förderung hinein soll. Daran schließt die zweite Frage an, bei der ich nicht genau weiß, an welchen Adressaten ich sie richten soll. Die Frage bezieht sich auf das „Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ der UNESCO, in dem ja davon die Rede ist, dass Kultur einerseits Ware und Dienstleistung, auf der anderen Seite aber auch ideelle Lebensgrundlage ist und in diesem Zusammenhang als ideelle Lebensgrundlage nicht dem ökonomischen Kalkül allein unterworfen sein kann. Wie gehen wir damit um, wenn wir über Kulturwirtschaft reden? Ich richte die Frage an Frau Hausmann.

Die Vorsitzende: Frau Boldt bitte.

Helga Boldt (SV): Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Ausgehend von der Aussage von Herrn Gorny, dass Kulturförderung viele Berührungspunkte mit der Strukturförderung hat, dass wir es also häufig mit Trennungen oder mit Separierungen zu tun haben, die eigentlich gar nicht so vorhanden sind. Meine Frage deshalb sehr konkret an Herrn Professor Gorny und auch an Frau Hausmann, wenn sie dazu etwas sagen kann: Kennen Sie gelungene PPP-Modelle? Man spricht überall von Kooperation privater und öffentlicher Trägerschaft. Kennen Sie Modelle, in denen private Akteure, kulturwirtschaftliche Akteure und öffentlich geförderte Kulturschaffende eine Verbindung zu beidseitigem Nutzen und insbesondere zum Nutzen der Bevölkerung eingegangen sind, von denen Sie also sagen würden, dass es sich lohnt, sich diese Modelle genauer anzusehen? Möglicherweise mit der Konsequenz, aus den Entstehungsbedingungen dieser Modelle Erkenntnisse für zukünftige zu gewinnen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Scheytt bitte.

Dr. Oliver Scheytt (SV): Meine Frage richtet sich an Herrn Söndermann und Herrn Gorny. Sie betrifft die Begrifflichkeit und die Abgrenzung zwischen Kulturwirtschaft, Creative Industries und Copyright Industries. Herr Gorny hat ja vorhin von dem geistigen Eigentum gesprochen und wir haben auf der Seite 6 von Herrn Söndermanns schriftlicher Stellungnahme dieses Modell mit der Pyramide Copyright Industries, Creative Industries und Culture Industries. Meine Frage ist: Was empfehlen Sie? Der Begriff war ja in Deutschland sehr lange geprägt worden als „Kulturwirtschaft“. Sollen wir jetzt den größeren Bereich oder sogar den ganz großen Bereich betrachten? Was

empfehlen Sie für die Bundesebene, aber auch für die Länder? Denn je nachdem, welchen Begriff und welche Betrachtungsweise man zugrunde legt, sind ja die Branchen, die Umsätze ganz anders statistisch zu erfassen. Offensichtlich wollen wir nicht den europäischen Anschluss verlieren. Deswegen ist das, glaube ich, eine sehr wichtige Frage für die Zukunft.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Westrich bitte.

Abg. Lydia Westrich (SPD): Ich hätte eine Frage an den Herrn Jahnke. Einerseits ist vorhin gesagt worden, dass die Kulturwirtschaft teilweise behindert wird – auch durch die öffentliche Förderung – und man könne sich besser ohne Förderung entwickeln. Andererseits, Herr Jahnke, haben Sie selber auch geschrieben, dass es in Deutschland Hemmnisse gibt, um die Kulturwirtschaft zu entwickeln, Sie sprachen die Mehrwertsteuer und ähnliches an. Könnten Sie das genauer erläutern? Sie haben in Ihrem schriftlichen Bericht auch erwähnt, dass Sie hierzu noch Unterlagen mitbringen. Wie erklären Sie die Diskrepanz, dass Sie einerseits sagen, wir brauchen wirtschaftliche Förderung, also z. B. Steuerminderungen und ähnliches, andererseits aber wollen wir gar nicht gefördert werden?

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Swatek bitte.

Dr. Dieter Swatek (SV): Ich möchte noch mal die Frage von Frau Binas-Preisendörfer aufnehmen und ganz konkret Herrn Gorny und auch Frau Hausmann fragen: Wir haben Ihnen in den Fragen einen Instrumentenkatalog vorgelegt. Fraglich ist, ob diese Instrumente sinnvoll sind. Insofern ist es uns ganz wichtig zu erfahren, wie Sie diese Instrumente in den Fragen 6 ff. von Kreditfonds bis hin zu Manage-

ment-Sharing-Programmen oder künstlerische kulturwirtschaftliche Kompetenzagenturen beurteilen.

Die Vorsitzende: Herr Zimmermann bitte.

Olaf Zimmermann (SV): Erlauben Sie mir eine ganz kurze Vorbemerkung, nur damit nicht ein falscher Eindruck entsteht. Wenn man sich die geladenen Akteure der Kulturwirtschaft anschaut, dann könnte man glauben, es gäbe im Bereich der Kulturwirtschaft nur die Musikwirtschaft. Das ist natürlich nicht der Fall. Es ist vielleicht ein Zufall, vielleicht auch ein kleines, persönliches Unglück, dass die anderen Akteure aus dem Bereich des Kunsthandels wie auch aus dem Bereich des Literaturmarktes nicht genauso gehört werden können. Deswegen werden wir heute sehr viel über den Bereich der Musikwirtschaft sprechen.

Nun meine Frage: Ich habe hier eine Pressemitteilung von Herrn Börnsen vorliegen. Da geht es um die „Initiative Musik“, und darin wird geschrieben, dass die „Initiative Musik“ zur Stärkung der Musikwirtschaft als Teil der Kreativwirtschaft ausgeschrieben ist. Gleichzeitig, Herr Gorny, wird gesagt, dass dieser Markt einen Umsatz in Deutschland von 5 Milliarden Euro erwirtschaftet. Für mich die Frage: Fördern, was es schwer hat? Warum muss eigentlich in diesem Bereich der Staat einspringen? Warum wird die Verantwortung von der Kulturwirtschaft, in diesem Fall der Musikwirtschaft, für diesen Bereich nicht stärker übernommen?

Die zweite Frage geht ebenfalls an Sie: Sie haben eben gesagt, die zentrale Schraube ist das Urheberrecht. Da stimmen wir hier alle überein. Das ist das zentrale Marktordnungsrecht für den Kulturbereich der Zukunft. Aber wohin soll es sich denn

entwickeln, wenn wir gerade im Musikbereich die großen Majors haben? Wollen wir mehr in Richtung des amerikanischen Copyright-Systems gehen oder wollen wir mehr den Bereich des kontinentaleuropäischen Künstler-Urheberrechtes beibehalten?

Daran schließt sich für mich automatisch die Frage an, die ich gerne an Herrn Gorny, aber auch an Frau Hausmann stellen würde: Wo bleiben eigentlich in diesen Kulturmärkten die Akteure, also die Künstler, die den kreativen Kern bilden? Sind die noch sichtbar oder gehen sie im Marktgeschehen unter?

Die Vorsitzende: Frau Professor Grütters bitte.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen an Herrn Gorny. Sie haben ja eben die zwei Perspektiven, Wirtschaftspolitik einerseits, Kulturpolitik andererseits, beschrieben. Wo sehen Sie denn den Schwerpunkt? Eben hatte ich den Eindruck, dass Sie dies in Ihrer ersten Wortmeldung einigermaßen gleichgewichtig definieren. Ich frage ganz konkret: In Großbritannien gibt es sogar einen Minister für Kulturwirtschaft. Wo sollte dies in Deutschland institutionalisiert werden? Im Kulturbereich oder im Wirtschaftsbereich? Wo liegt Ihrer Meinung nach das größere Handlungsfeld, wo muss mehr getan werden? Aus welcher Perspektive, glauben Sie, ist in einer Kulturnation wie Deutschland der Schwerpunkt zu definieren? Wo ist der umgekehrt größere Sachverstand? Wo ist das größere Handlungsfeld? So weit der erste Fragekomplex.

Der zweite Komplex ist: Wo sehen Sie denn den konkreten Handlungsbedarf?

Die Vorsitzende: Meine Frage geht an Herrn Jahnke: Sie hatten zum Thema Rahmenbedingungen, also was das Thema Steuergesetzgebung, Verwerteranteil KSK, Basel II und Urheberrecht angeht, gesagt, dass dies das Thema sei, was Sie bei der Anhörung vertiefen wollten und jetzt haben Sie ja die Gelegenheit dazu. Sie hatten zum Thema Ausländersteuern, insbesondere auch im Hinblick auf das Scorpio-Urteil des EuGH, Ihre Meinung mitgeteilt, dass das Urteil in geltendes Recht umgesetzt werden solle. Zum Thema KSK und steuerlicher Absetzbarkeit fordern Sie – korrigieren Sie mich, wenn ich Sie falsch verstanden habe – dass es notwendig wäre, die anfallende Künstlersozialabgabe für Unternehmen steuerlich als Kosten zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sprechen Sie von einer „extremen Gewinnsituation“. Hier würde ich Sie bitten, diese Idee oder Forderung genau darzustellen. Auch was das Thema Kreditfonds angeht, sind Sie der Meinung, dass man nur individuell klären kann, ob die Einführung eines Kreditfonds von Vorteil ist. Dies wäre bitte auch zu erläutern.

Frau Professor Hausmann bitte.

Prof. Dr. Andrea Hausmann (Juniorprofessorin für Kulturmanagement an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O.): Zunächst zu der Frage von Herrn Waitz. Es ging um die Kulturcluster und ob diese grundsätzlich aktivierend wirken. Dazu würde ich unbedingt sagen, ja. Ich halte das für eine sehr sinnvolle Sache. Letztendlich ist es ja nichts anderes als das Eingehen von Kooperationen. Wenn es win-win-Beziehungen sind, dann muss man es unbedingt befürworten. Der Vorteil ist, dass wir knappe Ressourcen und unterschiedliche Kompetenzen bündeln können, sowohl von wirtschaftlichen Partnern als auch von Kulturpartnern. Ein Beispiel ist der Kulturtourismus, wo diese Cluster ebenfalls entstehen.

Die zweite Frage steht im engen Kontext hierzu. Es lässt sich leichter vermarkten, wenn sie gemeinsam auftreten.

Eine weitere Frage von Ihnen war: Ist ein solches Branding sinnvoll? Auch dies würde ich unbedingt befürworten. Branding ja nichts anderes als eine Art Versprechen gegenüber potenziellen Nutzern darüber, was eine Destination bieten kann. Dies kann man auch auf Kultureinrichtungen übertragen. Es ist ja nichts anderes als eine klare Abgrenzung, wofür wir stehen. Das ist immer ein sehr wichtiger Faktor. Wir machen bspw. gerade ein Projekt mit der Stadt Frankfurt/Oder, wir überlegen uns einfach: Wofür steht diese Stadt? Dann muss man sich natürlich auch fragen, wofür stehen die einzelnen Kultureinrichtungen? Ist das wirklich eine Kleist-Stadt? Ist es eine Universitätsstadt, etc.? Das ist ein Beispiel dafür, wie wichtig Branding ist. Es trägt auch dazu bei, dass man verschiedene Gruppen zusammenbringt und ein gewisses Leitbild vorgibt: Wo gehen wir eigentlich in den nächsten zehn, zwanzig Jahren hin? Stichwort demografischer Wandel: Auch Frankfurt/Oder ist eine Shrinking City wie Leipzig.

Ein etwas anderes Thema war die Frage zu den PPP-Modellen. Dies ist derzeit nicht mein Forschungsschwerpunkt. Hier kann ich aus wissenschaftlicher Sicht nur sagen, es wäre schön, wenn man hier ein Forschungsprojekt aufsetzen würde. Geklärt werden müsste, wie erfolgreich die PPP-Modelle wirklich verlaufen. Ich habe ein Beispiel im Kopf, wo ich sagen würde, das verläuft eigentlich recht gut. Nun habe ich aber von Unternehmensseite gehört: „Das machen wir eigentlich ganz gerne, aber im Prinzip haben wir jetzt neue Felder, die wir unterstützen wollen, nämlich im Wissenschaftsbereich.“ Hier liegt natürlich eine große Gefahr, wenn es dann davon abhängt, dass sich ein Wirtschaftsunternehmen neue Kompetenzfelder aufbauen will.

Abschließend die Frage zu den Instrumenten, die ein wenig außerhalb meiner eigentlichen Profession liegt. Ich möchte sie aber dennoch beantworten, da ich mich gerade sehr intensiv mit der Existenzgründung von Künstlern befasse. Ich habe mir diverse Studien angeschaut und es ist ganz offensichtlich, dass es „natürlich“ an betriebswirtschaftlichen Kompetenzen mangelt. Insofern wäre es ganz wichtig, kulturwirtschaftliche Kompetenzagenturen aufzubauen. Wir bieten eine Weiterbildung in der Existenzgründung jetzt auch an der Viadrina an. Die Selbstständigkeit ist für viele Künstler der einzige Weg, um überhaupt zu arbeiten.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Professor Hausmann. Herr Professor Gorny bitte.

Prof. Dieter Gorny (Stellvertretender Vorsitzender des Phono-Verbandes): Die erste Frage: Wie ist zwischen dem, „was es schwer hat“ und was nicht, zu differenzieren? Wenn Sie sich das Beispiel Oper – Musical ansehen, dann hätte es die Oper, rein ökonomisch gesehen, schwer am Markt und das Musical normalerweise nicht. Man kann differenzieren und könnte auch sagen: Welche Bereiche von Musical will ich trotzdem haben? Dann bekommt der Musicalbetreiber auch Unterstützung, damit er Dinge tun kann, die es ökonomisch schwer haben. Ich glaube, mit dieser Grobeinschätzung kommt man weiter. Wir brauchen Oper, weil sie Dinge in Gang setzt, die sich rein ökonomisch nicht bezahlen lassen. Wir brauchen sie aber auch als gesellschaftliche Triebkraft, um Kreativität und ähnliches freizusetzen. Andere Bereiche laufen ökonomisch ganz einfach. Ein großes U2-Konzert hat es nicht schwer am Markt, damit kann man sehr viel Profit machen. Andere Bereiche, wie die neue Musik z. B., die neue konzertante Musik, hat es schwer am Markt. Wir entscheiden uns ge-

sellschafts- und damit auch kulturpolitisch, das vorzuhalten, weil wir glauben, dass es wesentliche Impulse setzt. Ich glaube aber, das schließt sich nicht aus. Die künstlerischen Impulse, die wir vorhalten, sind letztendlich Voraussetzung für wirtschaftliche Clusterbildung. Im Ruhrgebiet wird die Triennale als Kunstprojekt hoffentlich dafür sorgen, dass sich im nächsten Schritt Unternehmen aus diesem Milieu heraus ansiedeln. Für mich bedingt sich das.

Zweitens, Sie haben nach Beispielen für Public Private Partnership gefragt. Das kann ich dann gleich mit der Frage von Herrn Zimmermann beantworten. Für mich ist die „Initiative Musik“ ein sehr gutes Beispiel. Da gehen Musikindustrie und Bund mit Finanzen rein. Ein weiterer Schritt einer Entwicklung, die wir im Filmbereich einseitig haben, nämlich Förderstrukturen zu schaffen für Bereiche, die übrigens nicht den Majors dienen. Die sind im Rahmen ihrer großindustriellen Strukturen weltweit und international vernetzt, die brauchen keine Exportaktivitäten für Mittelständler, die brauchen auch keine Förderaktivitäten im Lande. Sie bezahlen sie aber trotzdem mit, über die GVL z. B., weil wir der Meinung sind, dass wir eine Struktur im Musikbereich brauchen, die deutlich aus der Jugend- und Soziokultur herausgeht und versucht, das zu erreichen, was wir mit dem Film geschafft haben. Jetzt wechsle ich den Hut, weil Sie das ja eben, Herr Zimmermann, so einseitig gesagt haben und ich spreche jetzt mal als Aufsichtsratschef der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen. Wir haben es in Deutschland geschafft, den Film zu fördern, obwohl Film ein hochgradig ökonomisch-kapitalistisches Gut ist, weil wir glauben, dass wir damit nationale Ausdruckskräfte stützen, gleichzeitig auch Wirtschaft ankurbeln und kulturelle Identität. Das heißt mit anderen Worten, wir haben nichts dagegen, dass sich auf der Berlinale Hollywood tummelt und gleichzeitig ein Filmmarkt da ist, der Film als Kunst und Medium vereinbart, der es – wie eben definiert – schwer hat am Markt. Genau das brauchen wir für

die Musik. Da krankt es in Deutschland und insofern ist der Versuch der „Initiative Musik“ eine deutliche Fortsetzung genau dieses ökonomisch-wirtschaftlich, kulturell-künstlerischen Selbstverständnisses, das wir im Film entwickelt haben. Das wünsche ich mir auch für die Musikbranche, für die musikalische Kunst und Kultur.

Herr Zimmermann, Sie haben gesagt, wo bleibt da der Künstler? Der Künstler ist der Ausgangspunkt all diesen Tuns und der Künstler – das sage ich jetzt auch als Fernsehmacher im Rahmen einer geistigen Eigentumsdiskussion – hat, wie wir alle, die Möglichkeit, sich aus der Medienwelt heraus selbstständig zu bewegen. Wir kommen sowohl „Deutschland sucht den Superstar“- als auch „Bohlen“-frei durch den Tag, wenn wir das wollen. Ähnlich ist das auch für den Künstler. Wenn Sie geistiges Eigentum schaffen, können Sie das industriell verwerten lassen, Sie müssen es aber nicht. Insofern besteht da kein Gegensatz. Wenn Sie aber den Anspruch haben, als Maler mit Ihrer Kunst andere zu überzeugen, dann spricht nichts dagegen, den Faktor Galerie zu nutzen und damit auch ökonomische Prozesse in Gang zu setzen. Genau das gilt für den Musiker, genau das gilt für den Filmemacher, genau das gilt für den Fotografen oder ähnliches mehr. Ich wehre mich massiv dagegen, dass diese Dinge immer als gegensätzlich angesehen werden. Sie basieren immer auf freien Entscheidungen kreativer oder auch industrieller Strukturen und helfen sich, wenn sie so gesehen werden, auch gegenseitig.

Sie haben mich auf die einzelnen Bereiche der Förderangebote angesprochen. Ich denke, und hiermit komme ich auch zum letzten Teil meiner Antwort, viele dieser Instrumente gibt es bereits in der regionalen und lokalen Wirtschaftsförderung. Wenn sich also Kulturpolitik dieser Instrumente bedient, beantworten sich viele dieser Fragen. Ich halte nichts, um da konkret zu werden, von Kompetenzagenturen. Weil das

wieder impliziert, als wäre der Kreative ein Kreativer, der mit Steuern und ähnlichem nichts zu tun haben sollte. Ich halte aber sehr viel davon, zusätzliche Serviceeinrichtungen anzubieten. Das gibt es ja auch im Bereich der Technologiezentren und ähnlichen anderen Bereichen, wo man sagt, du musst dir keinen Buchhalter anschaffen, das kannst du outgesourced machen. Management-Sharing-Programme passen da hinein, ich finde das Optionsrecht sehr gut, was die Mehrwertsteuer angeht. Ich glaube aber, dass das Momente sind, die zur eigentlichen Fragestellung führen, nämlich wo soll das verortet werden. Ich habe eben ganz bewusst diplomatisch gesagt, es ist eine Querschnittsaufgabe und sage das jetzt als jemand, der aus dem Kulturbereich kommt. Ich nenne es immer Ping-Pong-Effekt. Der Ping-Effekt ist ein ökonomischer. Da sagt jemand – und das finde ich wichtig – das ist einer der Leitmärkte der Zukunft. Der wird mithelfen, dieses Europa weiter prosperieren zu lassen, denn wenn es alles stimmt, was in den diversen Postillen steht, dann geht vieles nach Asien: Gehen Sie bspw. ins Ruhrgebiet. Stellen Sie dort in Bochum die Frage: Glauben Sie, dass in zwanzig Jahren Opel da noch Autos baut? Dann sagen alle, nein. Wenn Sie dann weiter fragen: Glauben Sie, es werden dann keine mehr gebaut, sagen alle, nein. Die Autos werden woanders gebaut. Und dann kommt die entscheidende Frage: Was ist dann da? Steppe? Museum? Das wäre Kreativwirtschaft. Das wäre eine Richtung, wie Wertschöpfung gemacht werden kann. Dies bei einer solchen Zukunftsperspektive, bei der junge Generationen die Politiker fragen werden: Wo kommt denn der Arbeitsplatz und die Wertschöpfung in Zukunft her? Der Pong-Effekt entsteht, wenn Kulturpolitik sich dessen annimmt. Ich habe die besten Reden über die Creative Industries in England gehört, von den Kulturpolitikern, die wirtschaftspolitisch argumentiert haben. Dann fängt Kultur an, aus einem ornamentalen Gesellschaftsbereich ins Zentrum zu rücken und gesellschaftliche Zukunft aktiv mitzugestalten. Also ist das meine persönliche Antwort, es gehört mit allen wirtschaftlichen

Konsequenzen in die Kultur. Aber ohne die wirtschaftlichen Konsequenzen; besser nicht. Sonst müssen es beide machen.

Die Vorsitzende: Herr Zimmermann hatte noch eine Frage zum Urheberrecht gestellt.

Prof. Dieter Gorny (Stellvertretender Vorsitzender des Phono-Verbandes): Auch das ist für mich eine ausgewogene Darstellung. Wenn wir über Kreativwirtschaft reden, bezieht das den ganzen Block mit ein, vom Urheber bis zur industriellen Verwertung. Und wenn wir dann die digitalen Entwicklungen dagegenhalten, hinken wir zurück. Konzentrieren wir das Urheberrecht ausschließlich auf den Erfinder, d. h. also auf den Urheber direkt, greift es zu kurz. Konzentrieren wir es ausschließlich auf die industriepolitische Dimension, greift es ebenfalls zu kurz. Wir diskutieren immer ideologisch, ob künstlerbezogen oder Verbraucherschutzbezogen. Und das wird am Ende diese Märkte kaputt machen, bevor sie erst entstehen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Professor Gorny. Herr Schultze bitte.

Bertram Schultze (Geschäftsführer der Leipziger Baumwollspinnerei): Ich würde gern noch mal das Thema PPP-Modelle aufnehmen von Frau Boldt. Ich bin in der Baumwollspinnerei Immobilienentwickler und entwickle eine Fabrik mit einem sehr hohen Anteil an zeitgenössischer bildender Kunst. Wir haben ungefähr 70.000 m² zur Vermietung, 40.000 sind vermietet, 20.000 im Bereich der bildenden Kunst und ihrer Anhängsel. Das fängt an mit über 100 Ateliers, 11 Galerien, einer großen non-profit-Fläche, aber auch einem Künstlerbedarfshandel, einer Kunstspedi-

tion und so weiter und so fort. Die neueste Entwicklung ist ein Klavierhaus von Steinway & Sons.

Man hat jetzt eine Situation erreicht, in der man international für Furore sorgt, auch durch die Gunst der Stunde. Wir nutzen, dass Neo Rauch und seine Nachkommen international gefragt sind und diese Leute auch im Gelände verankert sind. Genau so, wie die Galerien im Gelände verankert sind, die den Marketing-Motor dieser Kunst darstellen. Und man könnte jetzt wirklich ein Angebot platzieren, was dementsprechend heißen würde: Bekomme ich 100 Euro über PPP auf den Quadratmeter Nutzfläche, die ich im Gelände habe, dann hätte ich 7 Millionen Euro und könnte weitere 30.000 m² und die entsprechende Infrastruktur dazu entwickeln. Dann könnte ich noch interessantere Ansiedlungen platzieren, als sie bisher jetzt schon da sind.

Ich glaube, das wäre ein spannendes Angebot, auch an die öffentliche Hand. Wenn man dabei beachtet, dass es sich um eine einmalige Zahlung der öffentlichen Hand handelt und dass z. B. die Leipziger Oper jährlich 42 Millionen Euro erhält. Hinter der Oper stecken natürlich auch Arbeitsplätze. Bei uns muss man aber auch 300 Selbstständige dagegensetzen, die einfach aufgrund der Möglichkeiten, die sie in der Spinnerei haben, ihre Selbstständigkeit gründen und auch aufrechterhalten konnten. Also, ich bin ein Fan von PPP-Modellen im kulturwirtschaftlichen Bereich.

Die Vorsitzende: Das war eine klare Antwort. Vielen Dank. Herr Jahnke bitte.

Karsten Jahnke (Verband der deutschen Konzertdirektionen): Zur Mehrwertsteuer bei einem Konzert: Normalerweise ziehen Sie von der Einnahme 7 % Mehrwertsteuer ab und rechnen die örtlichen Kosten dagegen bzw. natürlich auch die Honorare.

Vor einem halben Jahr war eine Steuerprüfung bei einem Kollegen in Kassel. Das Finanzamt meinte, man müsse alle Künstler von der Mehrwertsteuer befreien und das rückwirkend. Und da können Sie sich natürlich vorstellen, da könnten praktisch 80 % oder 90 % der örtlichen Veranstalter sofort Konkurs anmelden. Das heißt, wir brauchen Steuersicherheit. Fände ich ideal, das Optionsrecht.

Dann zum Thema Ausländersteuer: Der Kollege Scorpio hat vor dem Europäischen Gerichtshof ein Urteil erfochten, dass für EG-Mitglieder keine Ausländersteuern auf Kosten, d. h. also auf Hotel- oder Reisekosten, abgeführt werden müssen. Dieses Urteil ist im letzten Jahr ergangen. Die deutschen Finanzämter haben es bisher ignoriert. Wir machen im Augenblick Folgendes: Wir melden die Steuer an, führen sie aber nicht ab. Wir legen also praktisch Protest ein. Die Crux ist natürlich, dass das nur für EG-Mitglieder gilt, d. h., wenn ich eine Gruppe habe aus 2 Deutschen, 2 Engländern und 3 Norwegern, dann zählen die 3 Norweger. Das ist also keine ideale Arbeit und über kurz oder lang werden natürlich die Amerikaner kommen und sagen, wieso gilt das nicht für uns?

Die Vorsitzende: Könnten Sie bitte noch Angaben zur Verwerterabgabe und der Künstlersozialversicherung machen?

Karsten Jahnke (Verband der deutschen Konzertdirektionen): Also, als das Gesetz zur Künstlersozialversicherung erlassen wurde, ist man sicherlich davon ausgegangen, dass der Veranstalter den Hauptteil der Einnahmen erhält. Das hat sich bei den Großkonzerten total gewandelt. Wir sind eigentlich keine Veranstalter mehr, wir sind noch Dienstleistungsbetriebe und werden mit Almosen abgespeist, müssen aber 5,1 % Künstlersozialversicherung abführen, die wir dem Künstler offiziell nicht abzie-

hen können. Ich habe gerade mehrere Beispiele gehabt, bei denen wir Einnahmen von über 550.000 Euro bei einem Konzert in Hamburg hatten und 90 % des Gewinns an den Künstler zahlen mussten, d. h., bei einer Einnahme von 550.000 Euro blieben dann zum Schluss noch ungefähr 15.000 Euro für den Veranstalter. Also hier würde ich doch vorschlagen, dass man das zumindest in den Kosten berücksichtigen darf. Damit blieben dann wenigstens noch 10 % des Gewinns für den Veranstalter.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Jahnke. Ich muss jetzt leider diesen Themenkomplex abschließen. Sie bekommen nachher noch einmal alle die Möglichkeit zu einem Abschlussstatement.

Herr Dr. Scheytt hatte auch eine Frage an Herrn Söndermann gestellt. Dann würde ich jetzt Herrn Söndermann bitten, dass er diese beantwortet.

Michael Söndermann (Büro Kultur Wirtschaft Forschung): Die Begriffe Kulturwirtschaft, Creative Industries und Copyright Industries werden in der internationalen Diskussion jeweils bestimmten Vorstellungen zugrunde gelegt. In Deutschland wird der Begriff Kulturwirtschaft ja seit langem favorisiert und hat auch relativ klar umgrenzte Inhalte, nämlich die Musikwirtschaft, den Buchmarkt, den Kunstmarkt, die Filmwirtschaft, die Rundfunkwirtschaft, Darstellende Kunst und dann noch die beiden Gestalterbranchen Design und Architektur. Das ist ein recht eng definierter, sehr stark an kulturellen Produktionen, kulturellen Aktivitäten, kulturellen Prozessen entlang orientierender Markt, der übrigens auch im Einklang steht mit dem Modell des EU-Kultursektors, wie er bei der europäischen Kommission abgegrenzt wird.

Nun haben wir mit dem zweiten Begriff glücklicherweise einen Begriff, der diese Bereiche alle umfasst, nämlich der Begriff der Creative Industries, wie er in Großbri-

tannien federführend verwendet wird und auch weltweit rezipiert wird. Und in diesem Begriff wird dann nicht der Begriff Kultur als Kerndefinitionsmerkmal in den Mittelpunkt gestellt, sondern man nimmt den weicheren Begriff der Kreativität und hat dadurch die Möglichkeit, einen anderen Markt als Leitmarkt zu definieren. Zwar ist es in Großbritannien der Bereich des Designs gewesen, der allein in dem Begriff Creative Industries in drei Teilbranchen aufgestellt wird, der das ganze Thema motiviert hat und der übrigens auch dazu geführt hat, den Begriff Creative Industries moderner aussehen zu lassen.

Für uns in der deutschen Diskussion ist in diesen zwei Begriffen zweierlei wichtig. Ich glaube, dass wir den deutschen Begriff Kulturwirtschaft erhalten sollten, erhalten müssen und auch erhalten können. Weil wir bei dem deutschen Begriff Kulturwirtschaft auch die Möglichkeit haben, unsere komplementären Bereiche, nämlich den intermediären Bereich und den non-profit-Bereich, als Pendantbereiche einzubeziehen. Das ist im britischen Begriff Creative Industries ja gar nicht der Fall, der macht in dieser Hinsicht überhaupt keine Unterschiede und das wäre natürlich ein extremer Verlust. Auf der anderen Seite können wir den deutschen Begriff Kulturwirtschaft übrigens gar nicht übersetzen. Sie können so oft versuchen, wie Sie wollen, da Culture Industries oder Creative Industries reinzusetzen. Das sind Begrifflichkeiten, die nehmen nicht den Fokus auf, den wir als deutsches – und ich will es mal etwas verallgemeinern – als französisches Profil, kontinentaleuropäisches Profil – die alle eine Dualität von öffentlichen Infrastrukturen und privatwirtschaftlichen Strukturen innehaben – den können wir in diesem englischen Begriff Culture Industries gar nicht erfassen. Auf der anderen Seite plädiere ich dafür, den Begriff Creative Industries nicht einzudeutschen. Wir sollten ihn als Begriff Creative Industries belassen, um eben zum Ausdruck zu bringen, wir Deutschen sind durchaus bereit und willig, in der inter-

nationalen Diskussion mit anschlussfähig zu sein. Copyright Industries geht sehr weit über diese Dinge hinaus, da werden bspw. der ganze Bereich der Forschung und Entwicklung – der alleine in der Quantität die Hälfte des gesamten Creative Industries-Bereiches ausmachen würde – und die Telekom mit dazu subsumiert. Das sind solche gigantischen empirischen Begriffe, die bringen uns für unsere Strategie und Klärung hier nicht weiter. Deswegen wird das eigentlich nur nachrichtlich von mir aufgeführt.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Söndermann. Ich eröffne jetzt den zweiten Themenkomplex und da hatte sich schon in der letzten Runde Herr Dr. Zehetmair zu Wort gemeldet.

Dr. Johann Zehetmair (SV): ich habe zwei Fragen, die eine geht an Herrn Kömpel. Sie rühmen in der Frage 7 die gute Funktionalität in Großbritannien, die Zusammenarbeit der Ministerien. Ich hätte gern gewusst, welche Ministerien das sind, ob wirklich die Vernetzung in praxi funktioniert. Nennen Sie bitte auch Vor- oder Nachteile aus der Erfahrung heraus. Der Hintergrund der Frage ist klar: Es ist nicht selbstverständlich, dass das Netzwerk zwischen den Ministerien auch funktioniert.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Fesel: In 23.2 sagen Sie, dass Sie die Einrichtung zeitbefristeter Administrations- und Ausführungsagenturen vorschlagen. Können Sie sich das auch bei öffentlichen Agenturen vorstellen? Also die öffentliche Hand, denn wir kennen die Kultur des Einrichtens, aber kaum die Kultur des Auflösens.

Die Vorsitzende: Herr Krummacher bitte.

Abg. Johann-Henrich Krummacher (CDU/CSU): Ich möchte gern im Anschluss an die Frage von Herrn Zehetmair noch einmal nachsetzen. Nachdem Sie das Netzwerk zwischen den Ministerien in Großbritannien beschrieben haben und nun vielleicht noch einmal darüber nachdenken, was müsste denn an dieser englischen Form der Kulturwirtschaft verändert werden und was würde daraus für unsere Diskussion in Deutschland folgen? Die Frage richtet sich sicherlich an Herrn Kömpel.

Die Vorsitzende: Herr Professor Sternberg bitte.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (SV): Ich habe an Herrn Kömpel und an Herrn Fesel eine Frage, die sich aber auf eine Bemerkung in der Antwort von Frau Schwalm-Schäfer bezieht. Frau Schwalm-Schäfer, Sie schreiben von der Richtigkeit der Clusterbildung, der Unterstützung von Clusterbildungen. Nun ist ja der Ausdruck Cluster in der Wirtschaftspolitik enorm wichtig und einflussreich geworden. Ich bin nicht ganz sicher, ob diese Cluster wirklich auf Kulturwirtschaft zu übertragen sind und deshalb meine Frage an Herrn Kömpel: Wie ist das eigentlich in Großbritannien? Spielt da die Clusterdiskussion auch im Blick auf die Creative Industries – oder auf das, was wir als Kulturwirtschaft im engeren Sinne bezeichnen – eine Rolle? Ist das ein richtiger Ansatz? Auch an Herrn Fesel die gleiche Frage, ob dies eigentlich eine Größenordnung ist, die funktioniert? Meine Frage hängt mit der Antwort von Frau Schwalm-Schäfer zusammen. Sie gehen auf die nordrhein-westfälische Bedingung ein, Sie nennen da ein paar Städte, aber dass Sie z. B. in Ihrem Raum gerade nicht den größten kulturwirtschaftlichen Akteur nennen – Bertelsmann – ist – wie ich meine – eine Besonderheit. Ich kann es mir für nordrhein-westfälische Verhältnisse nur sehr, sehr schwer vorstellen. In Summe: Ich wüsste gern von den Fachleuten, wie sie diese Clusterelemente einschätzen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Swatek bitte.

Dr. Dieter Swatek (SV): Ich möchte auch noch mal bei Herrn Kömpel nachfragen: Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Voraussetzungen dafür gewesen, dass zwei Ministerialverwaltungen, die so unterschiedliche Ziele haben, tatsächlich zusammenarbeiten? Also die Frage, die eben schon mal gestellt wurde: Was sind die Ursachen bzw. waren die Voraussetzungen dafür, dass das tatsächlich so funktioniert, wie es beschrieben wird? Und das Interessante ist eigentlich, von wem ist das ursprünglich ausgegangen? Es wurde vorhin schon mal in einem Beitrag kurz angedeutet, dass die Kulturseite offensichtlich Ausgangspunkt war. Die Frage also: Brauchen wir, wenn Sie das jetzt auf deutsche Verhältnisse übertragen, einen anderen Typ von Kulturpolitiker, damit es in der Administration dann anders, besser zusammen greift? Oder was ist Ihr Ratschlag, den Sie uns in der Bundesrepublik geben würden?

Die Vorsitzende: Frau Professor Dr. Binas-Preisendörfer bitte.

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer (SV): Ich habe ähnliche Fragen: Wo soll das verortet werden bzw. wie soll das verortet werden? An Herrn Fesel folgende Frage: Ich würde gern noch mal ein paar Erläuterungen dazu hören wollen, was Sie eigentlich unter aktorengesteuerten, also nicht-staatlichen Administrationen von Instrumenten und Projekten, verstehen. Ist das so was wie die „clubcommission berlin“, die sich dann darum kümmert, dass es einen Kulturwirtschaftsbericht gibt? Und die Frage zu dem Wo und Wie noch mal zugespitzt gestellt an Herrn Kömpel: Was hier in Deutschland abläuft, ist zurzeit der Kampf um die Definitionsmacht, wer also das

Feld der Kulturwirtschaft bekommt. Wie kann man einen solchen verhindern? Welche positiven Erfahrungen können Sie uns da mitgeben?

Die Vorsitzende: Danke. Herr Otto bitte.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich möchte jetzt eine Frage, die ich vorhin an Herrn Gorny gestellt habe, noch mal an die beiden Akteure der Politik stellen. Herr Fesel hat ja das Thema Wettbewerbsverzerrung oder die Gefahr von Wettbewerbsverzerrung durch öffentliche Förderung angesprochen und Sie haben ja bestätigt, dass diese Gefahr auch besteht. Können Sie uns denn Auskunft dazu geben, wie man die Kulturförderung dahin bringen kann, wo sie wirklich benötigt wird, ohne gleichzeitig die freie Kulturwirtschaft zu behindern? Dabei habe ich natürlich auch immer im Hinterkopf, dass eine solche Begründungsstrategie gleichzeitig auch Rechtfertigung für öffentliche Kulturförderung wäre. Also wenn ich das schaffen würde, die beiden Dinge definitorisch in Griff zu bekommen und abzugrenzen, hätte ich zum einen die freie Kulturwirtschaft nicht behindert durch öffentliche Subventionen oder Investitionen und auf der anderen Seite hätte ich dann auch wirklich ein Argument gegenüber den Finanzpolitikern, um zu sagen, dort musst Du etwas tun. Die Frage vielleicht auch an Herrn Kömpel an einem konkreten Beispiel: Sie sprechen in Ihrem Papier die Musikförderung an. Die Musikschulen werden in Deutschland zum Teil privat und zum Teil kommunal betrieben. Wie ist das in England und wie wird abgegrenzt, sodass die privaten Musikschulen nicht durch öffentliche Angebote platt gemacht werden?

Die Vorsitzende: Frau Dr. Jochimsen bitte.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Meine Frage richtet sich auch an Herrn Kömpel und schließt in einer gewissen Weise daran an. Sie haben uns auf Seite 4 eine interessante Skizze einer Grafik vorgelegt. Und in diesem Zusammenhang fällt mir etwas sehr Interessantes auf, was eigentlich darüber hinausgeht, nämlich der Bereich Bildung. Sie nennen hier „Urheberrecht“ und „bewusste Konsumenten“ und Sie sprechen auch das Programm „Kreativität in Schulen“, wie es in dem Musikmanifest niedergelegt ist, an. Da würde ich in der Tat gerne wissen, was sind die Ursachen dafür, dass es zu dieser Art von Doppel- oder sogar Dreifachsticht – Kultur, Bildung, Wirtschaft – kommt. Wer hat das entworfen?

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Dr. Jochimsen. Herr Zimmermann bitte.

Olaf Zimmermann (SV): Ich hätte gerne eine Frage an Herrn Fesel gestellt. Wir haben ein sehr starkes Wachstum in der Kulturwirtschaft, dort besonders in der so genannten „kleinen Kulturwirtschaft“. Ich erinnere mich an eine Aussage von Ihnen, in der Sie sagten, dass man jetzt quasi den Zenit oder zumindest eine Stufe erreicht hat, wo man innehalten sollte. Sie empfehlen: Stabilisierung der kleinen Kulturwirtschaft. Mich würde sehr interessieren, wie stabilisiert man sie denn? Haben Sie konkrete Vorschläge? Besonders im Hinblick auf Vorschläge an den Bundesgesetzgeber. Gibt es Vorschläge, wo der Bund aktiv werden kann, um diese kleine Kulturwirtschaft zu stabilisieren?

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Zimmermann. Ich schließe diese Fragerunde und gebe jetzt unserem am weitesten gereisten Gast, Herrn Kömpel, die Gelegenheit zur Antwort. Sie können vielleicht aus den Fragen ersehen, dass wir durchaus mit großer Begeisterung die Entwicklung in Großbritannien beobachten.

Florian Kömpel (Justitiar British Music Rights): Ich fange mit der Frage von Herrn Dr. Zehetmair an. Ja, die Zusammenarbeit, vor allem zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Kultusministerium, funktioniert gut. Diese haben in den letzten drei Jahren bspw. gemeinsam Foren veranstaltet. Dort haben sie sich mit der Industrie zusammengesetzt und überlegt, was man machen kann. Drei Themenbereiche wurden herausgefunden: 1) Piraterie, 2) neue Geschäftsmodelle und 3) Bildung. Weil alle Beteiligten – sowohl die Industrie als auch die Regierung – verstanden haben, dass man den Fortbestand der Creative Industries in der UK nur gewährleisten kann, wenn man eine umfassende ganzheitliche Ausbildung gewährleistet. Der wichtige Punkt ist das generelle Selbstverständnis in der UK: Kultur und Wirtschaft gehen zusammen. Meine Mitglieder bspw. sind sowohl die Komponisten als auch die Verleger. Der eine schafft, der andere verwertet das Geschaffte. Das geht ganz natürlich Hand in Hand, jeder sieht sich als Teil der Music Value Chain. Hauptsächlich geht es um die Persönlichkeit des Autors, der besser geschützt werden soll.

Etwas komplizierter war es dann letztes Jahr, als sich das Finanzministerium eingeschaltet hat und sagte: Da ist ja viel Geld dabei, das interessiert uns jetzt auch. Es gibt nun seit letztem Jahr einen Board, wo das Finanzministerium auch dabei ist. Wir müssen mal schauen, was das wird.

Die zwei Hauptministerien funktionieren aber und das grundlegende Verständnis über die Zusammengehörigkeit ist da, sowohl in der Industrie als auch in der Regierung.

Zur nächsten Frage: Ich weiß nicht, was man ändern könnte, um ein solches Netzwerk zu etablieren. Was sehr gut geholfen hat, waren die IP-Foren der Creative Industries, die über zwei Jahre durchgeführt wurden. Es tut mir Leid, dass die Musik

immer vorneweg steht, aber wir sind nun mal im Vordergrund der technischen Entwicklungen. Ein konkreter Vorschlag ist also, Foren zu veranstalten, wo sich die Regierung und der kreative Sektor treffen und Probleme aufzeigen und an Lösungen arbeiten. Das war in der UK sehr erfolgreich.

Natürlich, ab und zu gibt es Konflikte zwischen den Ministerien, aber die grundsätzliche Trennung, das Kultusministerium – zuständig für Live-Musik, für generelle Förderung – und das Wirtschaftsministerium – zuständig für Urheberrecht – die funktioniert. Das Finanzministerium hat vorgeschlagen, einen „Strategic Advisory Board for Government“ bereitzustellen. Ziel ist, dass die Regierung, die Verwaltung, direkten Zugriff zu den Erfahrungen der Industrie in der Ausübung von Urheberrecht hat. Das dazu gehörende Sekretariat wird bis Ende des Jahres eingesetzt. Aber das Konzept überzeugt, weil auch die Regierung sagt, wir wollen die Expertise der Industrie für uns nützen.

Die Wettbewerbsförderungsfrage war, so meine ich, nicht direkt an mich gerichtet. Aber wir haben dieses Problem auch. Die OFCOM (Office of Communications) – das ist die zuständige Verwaltungsbehörde für digitale Technologie – schlägt vor, einen neuen öffentlich-rechtlichen Körper einzusetzen, der dann mehr oder weniger als Verleger mit wirtschaftlichen Verlegern konkurrieren wird. Dieser würde 300 Millionen Pfund pro Jahr an öffentlich-rechtlichen Geldern erhalten. Da haben wir natürlich große Bedenken, dass das die Wettbewerbsfähigkeit der privaten Anbieter beeinflusst. Eine Möglichkeit wäre, es so zu machen, wie wir es bei der BBC gelöst haben. Dort gibt es sogen. „Verhaltenskodexe“ mit den Musikverlegern und der „Academy of Composers“. Der Verhaltenskodex besagt, dass der Preis für Musik von den Öffentlich-Rechtlichen nicht nach unten gedrückt werden darf. Mit meiner umgekehrten Pyramide wollte ich zeigen, dass das Urheberrecht am Anfang der Kreativität steht und

bis zur endlichen Verwertung, bis zum Konsumenten, geht. Die rechte Seite der Pyramide zeigt die politischen Elemente, die auf der jeweiligen Ebene eine Rolle spielen. Sei es, dass man Übungsräume zur Verfügung stellt oder Aufklärungsarbeit insofern leistet, dass die Bedeutung von Urheberrecht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Aber das Wichtige ist, dass die Regierung immer den Blick für das Gesamte hat. Im Mai wird ein Creative Economy Program veröffentlicht und wir hoffen, dass das sehr hilfreich für die Branche sein wird.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Kömpel. Herr Fesel bitte.

Bernd Fesel (Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft): Zuerst zur Frage von Herrn Dr. Zehetmair. Der Vorschlag für zeitlich befristete Ausführungsagenturen kam nach meinem Maßstab zustande, den ich für Erfolg in Beantwortung der Frage 23.2. gewählt habe. Ich meine: Handlungsfähigkeit in der Kulturwirtschaft kann nach verschiedenen Maßstäben bewertet werden: Ich ziehe den Maßstab des sich „selbst tragenden Marktes“ heran. Also die Idee, ein Produkt „marktfähig“ zu machen, es vom öffentlichen Gut zu einem privaten Gut zu machen, wo ein Preis gezahlt wird. Das nenne ich Marktaufbau. Bei vielen, von der öffentlichen Hand getragenen Aktivitäten, wie z. B. einem Theater, wird es mit dem Marktaufbau nicht funktionieren. Es wird ein öffentliches Produkt bleiben, was es in einem privaten Markt per se schwer hat. Weshalb? Es gibt eben Kulturprodukte, die fallen unter diese Kategorie der Kostenkrankheit. Das bedeutet, auch wenn ich das Produkt noch so oft herstelle, es wird dadurch nicht günstiger, nicht preiswerter. Eine Stunde Singen bleibt eine Stunde Singen. Aber eine Stunde Uhren produzieren bleibt über die Zeit hinweg nicht eine Stunde Uhren produzieren. Heute machen Sie tausend Uhren, vor 30 Jahren haben Sie nur zwei Uhren gemacht. Und wenn Sie diese Kostenvorteile nicht für ein Kultur-

produkt generieren können, dann können Sie dafür auch keinen richtigen Markt schaffen oder nur einen mit ganz geringem Einkommen.

Um zu Ihrer Frage zu kommen: Mit diesen zeitlich befristeten Ausführungsagenturen geht dies nur dort, wo ein Produkt wirklich vom öffentlichen Gut zum privaten werden kann. Und an der Stelle, wo ein Gut öffentlich bleibt, weil die Kostenstruktur wie bei den Theatern eben so gegeben ist, müssen Sie aus meiner Sicht auch dauerhaft eine öffentliche Verwaltung haben. Eine zeitlich befristete Verwaltung wird dort aus der Systematik der Volkswirtschaft heraus wenig helfen.

Zur zweiten Frage von Herrn Professor Sternberg: Clusterbildung. Diese funktioniert ökonomisch dort, wo sich unterschiedliche Unternehmen zusammenfinden, um eine Kostenersparnis zu erhalten. Synergie heißt hier nicht, dass sich zehn Tänzer treffen, um gemeinsam zu tanzen, sondern dass sich der Tänzer mit dem Choreographen und der Booking-Agentur trifft. Wenn Sie diese Cluster, diese verschiedenartigen Firmen zusammenführen können, dann, so denke ich, ist das auch in der Kulturwirtschaft effektiv. Dazu gibt es natürlich einige Hürden. Es ist bekannt und wir erleben es auch hier, dass einige Branchen näher an der Verwertung und dem Thema Wirtschaft dran sind als andere. Da gibt es auch innerhalb der Kulturwirtschaft große Vorbehalte. So wie in Großbritannien selbstverständlich zwischen Verwertern und Autoren zusammengearbeitet wird, gibt es in Deutschland eigentlich nur den Deutschen Kulturrat. Das ist bei uns kein Standard. Vielleicht wäre es auch ein Ansatz zu sagen, man schafft „round tables“, wo alle in der Verwertungskette dabei sind. In Berlin wurden von der Senatsverwaltung solche „round tables“ geschaffen, z. B. für den Designbereich.

Nun zur Frage von Frau Binas-Preisendörfer zu dem Thema „nicht-staatliche Akteure“. Dies rekuriert auf die Frage, die Sie im ersten Fragenblock diskutiert haben: Was wäre mir lieber, Kultur oder Wirtschaft? Wo verortet man das? Ich habe mit diesem „nicht-staatlichen Akteur“ einen Sprung aus der Frage vorgeschlagen, aus dem starren „Entweder – Oder“. Nicht Kultur oder Wirtschaft, sondern eine Form, in der beides möglich ist, wird benötigt. Offensichtlich kann man diese Form weder eindeutig beim Kultursektor noch eindeutig beim Wirtschaftssektor angliedern. Ob man es „round table“ oder „NGO“ nennt, also die Entweder-Oder-Frage – die Ressortverwaltung nur bei der Kultur oder nur bei der Wirtschaft – ist genauso obsolet wie die Frage an den Kreativen: Bist Du jetzt ein Wirtschaftler oder bist Du ein Kreativer? Diese Frage stellt sich für den modernen Kreativen so nicht und die Politik hat das Problem, dass sie in ihrer Arbeit bisher ressortbetont arbeitet und damit prinzipiell stets an diesem Feld vorbeiarbeitet. Ich überspitze hier. Es gibt natürlich genügend Beispiele, bei denen es gut funktioniert. Die Filmwirtschaft ist so ein Fall, wie ich es bereits in der Stellungnahme geschrieben habe. Meiner Meinung nach ist einer der Gründe für den Erfolg des deutschen Filmes eben auch diese Kombination aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Um also auf Ihre Frage zurückzukommen: Es gibt einige Beispiele. Für Deutschland ist der Tanzplan zu nennen. Hier sind staatliche Akteure (Bundeskulturstiftung, Bundesländer) und nicht-staatliche Akteure (Kreative) organisiert.

Noch mal zurück zu der Ressort-Frage. Herr Kömpel schrieb, dass man in UK zuerst Ziele festgelegt hat. Ich denke, eine erfolgreiche Politik braucht zuerst diese Zieldefinitionen. Erst dann müssen Sie fragen, welche Ressorts dazugehören. Dabei kann das Handelsressort oder auswärtige Kulturpolitik herauskommen und kann auch Bundesländer implizieren genauso wie Städte und natürlich auch die NGOs. Die

Antwort für eine erfolgreiche Kulturwirtschaftspolitik ist also: Ziele definieren, die man im Jahre 2015 erreichen will für die einzelnen Branchen. Für die Musikbranche, für die Filmbranche, etc. Dann kommt man auch über die Ressortfrage hinaus, weil man sich dann zusammenschließt.

Ein Beispiel wollte ich in diesem Zusammenhang noch nennen, Frau Binas-Preisendörfer: Die Buchinformationszentren. Das sind im Ausland vorhandene Vertriebsstrukturen der Frankfurter Buchmesse, die aber sehr eng mit den Goetheinstituten zusammenarbeiten. Ein wirkliches Paradebeispiel der Kulturförderung, Buchübersetzungen im Ausland und Promotion von Verlegerverträgen. Ähnliches gibt es auch in der Filmwirtschaft, auch German Films hat im Ausland über 20 Vertretungen und arbeitet dort vernetzt zwischen privat und staatlich.

Zur Frage von Herrn Otto bezüglich der Kriterien. Ein Kriterium habe ich eben bereits angesprochen. Dort, wo Marktversagen wegen der Kostenkrankheit vorliegt, weil sich durch Skaleneffekte und Mehrfachproduktion die Kosten nicht senken lassen, befindet man sich in einem öffentlichen Sektor, wo aus ökonomischen Gründen der Staat tätig werden muss. Das Gut würde sonst nicht bereitgestellt. Dies sind ökonomische Theorien, die es seit 20, 25 Jahren in Deutschland gibt. Doch wo endet diese erste Phase? Die Forschung um diese Themen ist unter anderem mit dem Nobelpreis der Ökonomie versehen worden. Ich kann nur immer wieder dazu raten, diese Ökonomen auch einzubeziehen und einzuladen. Da ruht wirklich viel ökonomischer Sachverstand, der die Kultur unterstützt.

Viel schwieriger ist es zu sagen: Wo muss denn die Förderung eines privaten Gutes aufhören? Um es in den Markt zu bringen, muss die erste Phase unterstützt werden.

Im Augenblick gibt es so eine sehr mechanistische Regel, nach drei- bis viermaliger Förderung aufzuhören, weil sonst die Projektförderung in eine institutionelle Förderung übergehen würde. Diese Regel sollte man zugunsten einer sachlichen Analyse umändern und sagen: Wo ist ein Produkt, was man jetzt fördert und was mal einen Markt haben kann? Ab wann ist es denn im Markt? Im Filmbereich ist das offensichtlich. Wenn man den Oscar in Los Angeles abgeholt hat, dann ist man im Markt. Man kann das auch in anderen Bereichen machen, indem man pro Förderantrag die Kriterien der Marktfähigkeit festlegt. Das kann bei manchen Produkten erst nach zehn Jahren der Fall sein, manchmal aber auch schon nach zwei Jahren. Glaubt der Akteur, er schafft es erst in fünf Jahren, dann aber doch schon in zwei, dann kann die Maßnahme auch vorzeitig beendet werden. Man darf inhaltlich nicht einfach nur mechanistisch argumentieren.

Bei der Frage der Wettbewerbsverzerrung wird bisher immer auf die Angebotssubvention geguckt, also Angebote um zu produzieren und um die Kosten zu senken. Es gibt noch einen zweiten Einstieg, den auch Herr Kömpel nannte, nämlich die Förderung der Nachfrage, also der Sucht nach Kultur, der Lust, Kultur zu kaufen. Wenn Sie mal vergleichen, wie oft die Sucht, ein Auto zu verkaufen, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder auch in anderen Medien geweckt wird! Die Werbekraft dieser klassischen Industriebranchen ist ein Vielfaches. Wenn wir die gleiche Werbekraft für Kulturprodukte aufbringen könnten, dann wäre das Marktwachstum größer und für viele Produkte, die sich heute schwer tun im Markt, wäre eine Nachfrage da. Ich möchte dazu anregen, nicht nur immer auf die Angebotsförderung, sondern viel mehr auf die Nachfrageförderung zu gucken. Ein ganz typisches Beispiel dafür ist: „Jedem Schüler ein Instrument“. Damit es zu keiner Wettbewerbsverzerrung zwischen öffentlichen und privaten Musikschulen kommt, gibt es die klare Maßgabe, dass beide Bereiche

tätig sein müssen, sowohl die privatwirtschaftlichen wie auch die öffentlich geförderten Musikschulen. Im Angebot sind die Preisunterschiede zwischen beiden nicht so groß. Vor zwei Wochen wohnte ich einer Beratung bei, bei der beide Vertreter anwesend waren und nicht davon sprachen, dass Wettbewerbsverzerrung zwischen diesen beiden Sektoren vorliegen würde. Ein konkretes Beispiel für das Land NRW. Wenn Sie es ganz genau aufdröseln: Musikschulen haben einen Regionaleinflussraum. Ein Markt definiert sich immer nach seinem Marktnachfrageraum. Die Frage nach der Marktverzerrung für Musikschulen können Sie also nicht bundesweit pauschal beantworten, sondern Sie müssen sie regional beantworten.

Letzte Frage, Wachstumsstabilisierung: Die Umsätze sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Zahl der kreativen Unternehmer ist in einigen Branchen sogar noch stärker als die Umsätze gewachsen. Das heißt, der durchschnittliche Umsatz ist auf jeden Fall gesunken. Soweit nicht auch die Kosten dramatisch gesunken sind, stagnieren die Einkommen dieser Akteure. Deswegen stellt sich das folgende Problem: Wenn man es nicht schafft, bei wachsendem Umsatz auch wachsendes Einkommen zu erzielen, dann hat man für die nächste Innovationsrunde keine Rücklagen, um neue Erfindungen zu machen. Denn in jeder Firma kommt dies aus den Rücklagen, nicht aus dem laufenden Einkommen. Es wird bereits für die nächste Produktserie angespart. Das muss auch ein kleiner Kreativer machen, wenn er ein neues Produkt aufbauen will, was im Augenblick nicht möglich ist. Aus diesem Grund ist fraglich, ob dieser Umsatzboom und dieser Kreativitätsboom in Deutschland die nächsten zehn Jahre anhalten werden. Was kann man jetzt tun, um die Einkommen zu steigern? Es gibt nach der ökonomischen Theorie nur zwei Wege: Kosten senken oder Nachfrage steigern. Kosten senken ist kaum möglich, weil Kultur oft schon sehr, sehr kostengünstig produziert wird. Hier sehe ich

ein Limit nach unten. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, aber ich sehe das Heil wirklich nur darin, die Kaufbereitschaft des Einzelnen für Kulturprodukte zu erhöhen. Es muss eine Umschichtung in den öffentlichen und in den privaten Ausgaben stattfinden, hin zu mehr Kulturprodukten. Dann, so denke ich, haben wir eine gute Chance, wofür es in anderen Nationen genügend Vorbilder gibt.

Beispielsweise England, wo es die Initiative „Visit Britain“ gab, mit dem Label „Cool Britannia“. Das hatte natürlich auch Wirkung auf die Nachfrage gehabt. Und auch deshalb macht England im Augenblick gerade die Studie „Taking Part Survey“, weil man eben wissen will, wie die englischen Verbraucher tatsächlich konsumieren.

Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Fesel. Bestehen noch Nachfragen an Herrn Fesel oder Herrn Kömpel? Das ist nicht der Fall. Dann gestatten Sie mir eine Nachfrage an Herrn Kömpel. Sie hatten ja unter der Frage 2 einige Institutionen benannt, die Sie für eine Übertragung auf Deutschland als beispielhaft ansehen. Also das British Copyright Council, Music Business Forum usw. Und unter Frage 3 haben Sie einige Institutionen genannt, Ihr eigenes Haus mit eingeschlossen, die aktiv an der Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen mitwirken. Können Sie dies bitte noch ein wenig konkreter am Beispiel einer ausgewählten Institution erläutern?

Florian Kömpel (Justitiar British Music Rights): In unserem Fall sagte das Wirtschaftsministerium: Wir wollen nicht mehr von 50.000 Komponisten Briefe kriegen, sondern Ihr sollt Euch zusammentun und uns mit einer Stimme sagen, was Ihr denkt. Das British Copyright Council geht noch weiter und vertritt mal Design, ab nächsten Monat die Plattenindustrie, die Fernsehanstalten. Ziel ist, dass man auch auf der Industrieseite einen Körper hat, der die kreative Industrie vertritt und nicht nur Partiku-

larinteressen. Diese Körper werden von der Regierung angenommen, weil sie durch abgehaltene Treffen mit der gesamten kreativen Industrie zusammenarbeiten können. Das British Copyright Council besteht seit 1965 und hat zweimal im Jahr eine Besprechung mit der Regierung. Ziel ist der Austausch zwischen Industrie und Regierung. Diese, auch für die Regierung wichtige Organisation, halte ich genauso wie das sogen. „SABIP“ – also das „Special Advisory Board of IP“, das dieses Jahr neu eingesetzt werden wird – für sehr wichtig. Ebenso wichtig finde ich auch die ganzheitliche Musikerziehung, die ich dreimal in meinem Papier erwähnt habe. Es ist fantastisch, dass man dreijährigen Kindern Singunterricht erteilt und in der Schule Instrumente bereitstellt und mit 14 oder 16 Jahren außerdem noch Unterricht in Wirtschaft und Recht abhält. Hier wird eben nicht getrennt und gesagt: Du darfst Klavier lernen, weil wir es uns leisten können und Du nicht. Vielmehr darf jeder musikalisch aktiv sein, um das Interesse der nächsten Generation zu wecken.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Kömpel. Ich eröffne jetzt den Themenkomplex 3. Da stehen uns als Experten Frau Schwalm-Schäfer und Herr Söndermann zur Verfügung. Herr Dr. Scheytt bitte.

Herr Dr. Oliver Scheytt (SV): Ich möchte die Frage an Herrn Söndermann und auch – als Ausnahme – an Herrn Kömpel richten, da es seine Thematik betrifft. Es geht noch mal um die Frage der musikalischen Bildung, auf die Herr Kömpel vorhin aufmerksam gemacht hat und die in Deutschland immerhin noch durch gesetzliche Regelungen als Teil des öffentlichen Bildungswesens – jedenfalls in einigen Bundesländern, die die Kulturart beanspruchen – anerkannt wird. Musikschulen sind z. B. im bayerischen Unterrichtsgesetz geregelt, in Schulgesetzen in den neuen Bundesländern etc. Hier sagte Herr Otto, es solle das Subsidiaritätsprinzip gelten, also Freiheit

dem Markt. Meine Frage an Herrn Söndermann lautet deshalb: Zählt die musikalische Ausbildung und Bildung auch die anderen künstlerischen Sparten zum Sektor der Kulturwirtschaft? Werden also die Daten der Kulturwirtschaft oder, wie ich vermute, eher dem öffentlichen Sektor und dem Bildungssektor zugerechnet, der nicht kulturwirtschaftlich erfasst wird? Wie ist es in Deutschland, wie in Europa?

Die Vorsitzende: Herr Dr. Swatek bitte.

Dr. Dieter Swatek (SV): Unsere Zielvorstellung beim Thema Kulturstatistik ist eine transparente, kostengünstige und vollständige Erfassung aller kulturwirtschaftlicher Daten, die außerdem noch mit Europa kompatibel sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang folgende Frage stellen: Wo liegen denn aus Ihrer Sicht die zentralen Probleme? Wir haben in Ihren Ausführungen eine Menge methodenkritischer und verfahrenstechnischer Überlegungen gefunden, aber die Frage an sich haben Sie eigentlich nicht beantwortet. Das Problem liegt ja offensichtlich in der Struktur der Daten (Kleinteiligkeit) und in dem institutionellen Bereich, weiterhin dass unterschiedlich erfasst wird und die Dinge nicht zusammengeführt werden. Meine Frage also: Wo liegen eigentlich diese Unterschiede? Die EU-Daten werden anders erfasst als die Länderdaten. Warum werden sie unterschiedlich erfasst und welche Vorschläge gibt es, sie einheitlich zu erfassen?

Die zweite Frage richtet sich an Frau Schwalm-Schäfer. Sie haben sich gegen die Wertschöpfungskette entschieden. Dies liegt konträr zum Gutachten. Sie sagen, es helfe aus Ihrer Sicht nicht weiter, sondern sei eher kontraproduktiv. Könnten Sie bitte Ihre Begründung noch etwas ausführen? Danke.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann Herr Krummacher bitte.

Abg. Johann-Henrich Krummacher (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich möchte mich eng an die schriftlich gestellten Fragen anlehnen und hier noch einmal nachhaken. Herr Söndermann, Sie sind gegen eine bundesweite Kulturstatistik und gegen ein Kulturstatistikgesetz. Können Sie das noch mal erläutern? Von Frau Schwalm-Schäfer würde ich gerne Folgendes wissen: In der Antwort auf die Frage, ob sich die Pläne der EU-Ebene mit denen der Wirtschaftsministerkonferenz vereinbaren lassen (Frage 49), sagen Sie, dass die vorgeschlagene Untergliederung im EU-Kulturwirtschaftsbericht mit den bisherigen Abgrenzungen der Bundesländer nicht übereinstimmt. Es gibt jedoch gemeinsame Schnittmengen. Wie kann das Problem mittelfristig gelöst werden? Orientieren Sie sich mit Ihrem Projektvorschlag an der EU?

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Professor Sternberg bitte.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (SV): Meine Frage geht an Herrn Söndermann. Zunächst einmal sehr herzlichen Dank, dass Sie uns mit den Materialien noch einige Klarstellungen an die Hand gegeben haben. Sie haben mit allen Kulturwirtschaftsberichten – zumindest von denen ich Kenntnis habe – zu tun gehabt und insofern haben wir mit Ihnen den wichtigsten Fachmann hier. Meine Frage lautet: Wir haben uns in der letzten Legislatur mit Kulturstatistik beschäftigt. Würden Sie wirklich sagen, dass die Ergebnisse unbrauchbar sind und wir auf diesem Weg nicht weiterkommen? Oder gibt es Veränderungselemente, so dass man sagen könnte, wir können doch zumindest den eingeschlagenen Weg fortsetzen?

Besonders interessiert mich außerdem Folgendes: Bei den Industrie- und Handelskammern, den Arbeitsagenturen und der Deutschen Bundesbank wird in der Statistik zwischen personennahen, unternehmensnahen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen unterschieden. Diese Dienstleistungen werden nicht aufgegliedert nach Branchen, d. h., unsere Kulturwirtschaftsanalysen und -zahlen werden in der Regel – wenn ich mich nicht täusche – vor allen Dingen im Kulturbereich gehandelt. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist es erforderlich, an die Wirtschaftsstatistiken der Industrie- und Handelskammern zu kommen. Und an diesem Punkt frage ich mich, wie man das erreichen kann? Gibt es Möglichkeiten, um hier den Sprung in andere Bereiche wie der Kulturwirtschaft zu schaffen?

Die Vorsitzende: Herr Zimmermann bitte.

Olaf Zimmermann (SV): Meine Frage geht an Frau Schwalm-Schäfer. Erst einmal meine ganz persönliche Gratulation an Sie und besonders an das Wirtschaftsministerium. Wenn es um Kulturwirtschaft geht, hat meistens Nordrhein-Westfalen schon seit vielen Jahren die Nase vorn, und es gibt viele Stimmen, die sagen, die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen ist zumindest in den letzten 10, 15 Jahren vom Wirtschaftsministerium gemacht worden. Daher meine Frage: Wie wird denn bei Ihnen der Bereich der Kulturwirtschaft festgelegt? Wie werden z. B. neue Strömungen aufgenommen? Die Frage bezieht sich ganz konkret auf den neuen Markt der Computerspiele-Industrie. Bekanntermaßen gibt es eine heftige Debatte in Nordrhein-Westfalen, bei der der Staatssekretär für Kultur diesem Bereich jede Art von Gemeinnützigkeit und Förderfähigkeit abgesprochen hat. Hat das Auswirkungen auf das Wirtschaftsministerium? Oder sind Sie der Auffassung, dass das, was da in der Kul-

tur gemacht wird, Sie nicht zu interessieren braucht, weil bestimmte ökonomische Maßgaben vorliegen, die Sie versuchen umzusetzen?

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Zimmermann. Ich würde Ihnen jetzt gerne die Gelegenheit zur Antwort geben, und zwar zunächst einmal Herrn Kömpel auf die Frage von Herrn Dr. Scheytt.

Florian Kömpel (Justitiar British Music Rights): Soweit ich mich erinnern kann, war die Frage, in welchem Sektor die Musikausbildung angesiedelt ist. Auch hier gilt wiederum: Joint Government. Das Bildungsministerium und der Minister für Creative Economies haben dies unter sich. Bei der Eröffnung waren: Alan Johnson für das Bildungsministerium und Shaun Woodward als Minister für Creative Industries. Ich habe einige Materialien über die von uns entworfenen Lehrpläne dabei, die ich Ihnen gerne zukommen lasse. Es geht dabei nicht um Musikschulen, sondern um Musik in Schulen. Man hat in vielen Studien fünf Jahre gebraucht um festzustellen, was wichtig für Kreativität in Schulen ist. Wie kann ich Kreativität stimulieren? Dabei geht es nicht nur um Nachfragestimulierung, sondern darum, wie dieser Pool an Talenten gefördert werden kann. Das fängt mit dem Singen in der 3. Klasse an. Die englische Regierung hat hier richtig, richtig viel Geld reingegeben; allein die Singbücher kosteten 10 Millionen Pfund. Dahinter sitzt der Komponist Howard Goodall, einer der Wichtigen der Film- und Fernsehkomponisten. Die machen dort wirklich Ernst.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Kömpel. Jetzt bitte ich um die Antwort von Frau Schwalm-Schäfer.

Katharina Schwalm-Schäfer (Referatsleiterin Kreativwirtschaft im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW): Die erste Frage zielte darauf ab, warum ich es ablehne, den Kulturbereich in eine ökonomisch definierte Wertschöpfungskette einzusortieren. Der Begriff der Wertschöpfungskette definiert ja Input-/ Output-Beziehungen in wirtschaftlicher Sicht. Der Kultursektor hat aus meiner Sicht einen Eigenwert. Es kann nicht alles, was als Kultur wichtig ist, unmittelbar in ökonomische Betätigung überführt werden. Ganz im Gegenteil. Ich habe im Rahmen der Gründungsinitiative „StartART“, die wir in Nordrhein-Westfalen für den Kultursektor gestartet haben, festgestellt, je mehr Kultur drin war, desto weniger waren diese Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich. Für die 300 Unternehmen, die ihre Businesspläne eingereicht haben, gilt Folgendes: Je weiter sie vom Kultursektor entfernt waren und je mehr sie dienstleistungsorientiert und unternehmensnah waren, desto erfolgreicher waren sie. Das muss man auch in diesem Gremium zur Kenntnis nehmen. Als zweiter Aspekt hat uns der Deutsche Städtetag – während wir in der Wirtschaftsministerkonferenz saßen und überlegten, wie wir jetzt endlich zu vernünftigen Daten kommen – einen Brief geschrieben, in dem er sich vehement dagegen verwahrte, dass der Kultursektor als Teil einer Wertschöpfungskette gesehen werden könnte. Dieses Statement haben wir uns zu Herzen genommen.

Punkt zwei, die Frage nach den Schnittmengen mit der EU. Hier ist es so, dass auf der nationalen Ebene die Länder ihre Kulturwirtschaft entsprechend ihren Bedürfnissen abgrenzen. Auch auf der EU-Ebene gibt es keine Übereinstimmung. Wir sind auf der Länderebene sehr pragmatisch vorgegangen. Wir haben zunächst einmal überlegt, was bisher definiert wurde und was als Kerngerüst übrig bleibt, über das ein Konsens besteht. Ähnlich könnte man aus meiner Sicht auch auf EU-Ebene vorgehen. Man würde dann sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, dass – bis auf wenige

Gebiete – über die Abgrenzung Konsens besteht. Ich würde für diesen pragmatischen Weg plädieren. Ein Beispiel ist Thüringen: In der Länderarbeitsgruppe hat Thüringen sehr dafür plädiert, dass das dort hergestellte Spielzeug auch zur Kulturwirtschaft zählt und unbedingt dort mit reinfallen muss. Kein anderes Land stellt aber dieses Spielzeug her. Also haben wir beschlossen, dass Thüringen weiter dieses Spielzeug zur Kulturwirtschaft zählen darf. Auf nationaler Ebene sollten wir uns an eine Schnittmenge halten, die überall vorhanden ist. Und ich denke, es wird nicht so schwierig sein, hier zu einem Konsens zu kommen.

Zur dritten Frage von Herrn Zimmermann. Zunächst vielen Dank für das Kompliment, aber ich bin immer noch der Meinung, dass ich Wirtschaftspolitik betreibe im Wirtschaftsministerium. Obwohl ich zugestehen muss, dass die Kulturseite mehr an den Ergebnissen meiner Arbeit interessiert war. Wir wurden mit unseren Kulturwirtschaftsberichten immer in den Kulturausschuss des Landtags eingeladen. Der Wirtschaftsausschuss hat sich dagegen nicht ein einziges Mal dafür interessiert.

Sie hatten die Frage gestellt, ob ich die Games als zum Kulturwirtschaftssektor gehörig betrachte. Selbstverständlich tun wir das. Es ist ja eine der Wachstumsbranchen neben Design. Es findet auf der Ebene der Wirtschaftspolitik auch keine Diskussion um gute oder schlechte Games statt. Hierum müssen sich andere Ressorts kümmern. Für uns gilt die Frage: Was sind die Wachstumsbereiche? Wo können wir Geld verdienen und auch Perspektiven für Unternehmen schaffen?

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Schwalm-Schäfer. Herr Söndermann bitte.

Michael Söndermann (Büro Kultur Wirtschaft Forschung): Zur Frage der Musikschulstatistik, die ich in zweifacher Hinsicht verstanden habe. Einmal unter dem Gesichtspunkt von Marktverzerrungen, zum anderen unter einem statistischen Gesichtspunkt. Die Musikschule in Deutschland ist durch das öffentliche und kommerzielle Musikschulwesen geprägt. Es sind zwei Angebote, die sich nicht konkurrierend und marktverzerrend im Wege stehen. Als Dritte sind die freien Musikinitiativen, die freien Musikschulen zu nennen, die zunehmend auf den Markt kommen. Dies mit dem Anspruch, ähnlich qualitative Angebote zu leisten wie die öffentliche Musikschule. Bei dieser dritten Gruppe handelt es sich natürlich um eine Klientel, die in der Kulturwirtschaft zur Kreativszene, zu den Kulturberufen zu zählen ist. Also allesamt Musikhochschulabsolventen, die heute aufgrund der Finanzmisere der öffentlichen Kulturhaushalte keine Arbeitsplätze in den Musikschulen finden. Hier besteht eine grundsätzliche, nicht Konkurrenz-, aber Konfliktsituation, die ich grundsätzlich folgendermaßen beantworte: Hat die Stadt den Auftrag, eine Musikschule zu erhalten oder hat sie den Auftrag, eine musikalische Bildung für die Bevölkerung vorzunehmen? Wie sie das macht, ist die zweite Frage. Für mich aus einer kulturwirtschaftlichen Perspektive ist maßgeblich, wie die Stadt das musikalische Angebot gewährleisten kann. In welcher Form sie das tut, darüber kann sie selbst entscheiden. Mit dem Begriff Marktverzerrung lässt sich hier nicht leicht operieren, da diese Dreiteilung – öffentliche Musikschule, kommerzielle Musikschule, freie Musikschule – Marktgegebenheiten sind. Da kommen die Kulturpolitiker nicht darum herum, darüber nachzudenken. Statistisch gesehen, ist es natürlich ein großer Erfolg und da sehen Sie, wie wirkungsmächtig Statistik sein kann. Musikschulstatistik in Deutschland ist öffentliche Musikschulstatistik, deswegen kennen wir es auch nur unter diesem Label. Der europäische Musikschulverband beschreibt die Szene der Musikschulen in Europa mit hervorragenden Daten und immer im gleichen System des öffentlichen

gemeinnützigen, also des non-profit-Sektors. Dadurch, dass nur auf dieser Ebene die Daten vorhanden sind, kann man das Thema auch nur aus dieser Warte heraus diskutieren. Dagegen kann man es nicht aus der Warte der kommerziellen Situation diskutieren, denn hierfür gibt es keine Daten. Und man kann es auch nicht aus der Warte der freien Musikinitiativen diskutieren, denn diese sind ja bisher gar nicht wahrgenommen worden.

Zur Frage der zentralen europäischen Statistik: Sie haben gefragt, warum man diese nicht auf Deutschland anwenden kann. Die Kulturwirtschaftsstatistik ist eine amtliche Statistik, d. h. eine Sekundärstatistik. Sie beruht auf amtlichen Wirtschaftsdaten, weil die Verbandsstatistiken in diesem Bereich sehr bruchstückhaft sind. Es gibt zwar bspw. den Phono-Verband, der eigene Statistiken hat. Aber schon der Buchmarkt, der Börsenverein des deutschen Buchhandels, der bedient sich weitgehend der amtlichen Statistik. Der Bundesverband der Galerien und der Filmspitzenverband bedienen sich ebenfalls der amtlichen Statistik. Kulturwirtschaftsstatistik basiert sekundärstatistisch auf amtlichem Datenmaterial. Das ist ja auch verständlich, denn die Wirtschaft ist ein sensibler Bereich, die Daten können dort nicht so offen gelegt werden wie im öffentlichen Bereich. Es gibt aber auf europäischer Ebene leider nur eine einzige Statistik, die in den Mitgliedstaaten durch gesetzlichen Zwang einheitlich erhoben wird. Das ist die so genannte „Labour Force Survey“ (europäische Arbeitskräfteerhebung). Diese hat eine sehr weiche Definition für unseren Bereich: Ein Künstler ist danach derjenige, der eine Stunde in der Woche gearbeitet hat. Nichts desto Trotz ist diese Statistik die einzige, die auf europäischer Ebene existiert. Von dieser Statistik aus könnte man, wie es bereits geschieht, den Kultursektor abgrenzen. Alle anderen Wirtschafts- und Beschäftigungsstatistiken werden aus nationalen Erhebungen zusammengeführt. EuroStat macht daraus synthetische Datenquellen und wir wissen

nicht genau, welche Ergebnisse zu erwarten sind. Jedes Mal, wenn wir die Daten wieder auf die nationale Ebene zurückführen, sind wir ziemlich verblüfft, wie unterschiedlich die Datenbasen sind. Hinzu kommt, dass die nationalen Ebenen unterschiedlich erheben. Die Österreicher nehmen z.B. nur Kulturunternehmen mit einem Umsatz von 2.000 Euro hinein. Die Deutschen nehmen einen Kulturwirtschaftler nur dann in die Statistik auf, wenn er 17.500 Euro Jahresumsatz hat und die Schweizer sind noch radikaler und nehmen erst ab einem Jahresumsatz von 50.000 auf. Sie sehen, es gibt gewaltige methodische Probleme, die wir noch nicht im Griff haben. Grundsätzlich wäre es aber möglich, wenn es eine Forschungsgruppe (Arbeits- und Expertengruppe) auf europäischer Ebene gäbe, von der Logik und der Systematik her. Die Arbeitserhebung halte ich nach wie vor für ein sehr wertvolles Ausgangsmaterial.

Meine Argumente gegen die amtliche Kulturstatistik sind recht einfach: Erster Punkt: Wir haben in Deutschland eine Vielfalt von Kulturstatistiken. Die Statistik der Verbände und der Organisationen sind sehenswert. Wir haben eine Theaterstatistik, wir haben eine Musikschulstatistik, wir haben eine Bibliotheksstatistik. Wir verfügen also über eine Feindifferenzierung in der deutschen Kulturstatistik, die einmalig ist. Jetzt stellen Sie sich die amtliche Statistik vor, die natürlich aufgrund von Gesetzen jedes Datum nur anonymisiert herausgeben kann. Wenn diese soeben genannten Statistiken in die amtliche Statistik hineinfließen, dann bekomme ich keine Informationen mehr über die Berliner Staatsoper, sondern nur noch über den aggregierten Gemeindeort Berlin. Ich habe also einen Verlust an Informationen. Das möchte ich nicht.

Zweiter Punkt: Entstehen amtliche Daten zum Theater oder zum Musikschulsektor, kommen sie mit den Verbandsdaten in Konflikt. So steht bereits im Gutachten des

Statistischen Bundesamtes der etwas zweifelhafte Satz: „Die Verbandsdaten sind noch nicht so methodisch sauber und so astrein wie die unseren.“ Das ist meines Erachtens ziemlicher Unfug, denn auch jeder Verband hat zunächst ein prinzipielles Interesse daran, harte Daten über seinen Bereich zu erhalten. Ob er sie heraus gibt, ist die zweite Frage. Das ist Verbandspolitik. Aber grundsätzlich hat er natürlich auch Interesse an qualifizierten Daten.

Und der dritte Punkt ist ebenfalls ein ganz zentraler: Die Vertrauensfrage bei der Datenerhebung. Es ist eine vertrauensbildende Maßnahme, im Kulturbereich Daten zu erheben. Das heißt, wenn die Verbände über ihre Mitarbeiter Daten erheben, dann werden sensible Daten weitergegeben. Wenn aber eine amtliche oder eine ministeriale Stelle betroffen ist, dann ist die Hälfte der Daten schon nicht mehr zu erhalten und daran wird auch ein amtliches Gesetz nichts ändern. Der Kulturbereich ist also ein kniffliger, sehr sensibler Bereich, der nicht so einfach über die amtliche Statistik erschließbar ist. Was aber nicht heißt, dass die amtliche Statistik nicht viele, viele Datenbestände hätte, die wir für unseren nicht Zweck aufarbeiten und erschließen könnten. Ich bin fest davon überzeugt, dass hier komplementäre Quellen angeboten werden, die noch gar nicht ausgeschöpft wurden.

Herr Professor Sternberg, Ihre Frage war, was zur Kulturwirtschaft gezählt werden soll: Man kann den Begriff Kulturwirtschaft nicht juristisch definieren. Man kann ihn auch nicht politisch definieren. Aber wir müssen natürlich von der Forschung her Modelle anbieten und entwickeln, die den Begriff plausibel erklären. Die Plausibilitätsargumentation ist eigentlich unsere größte Arbeit, fast mehr als die empirische Arbeit. Aber die Kulturstatistik ist nur ein Hilfsmittel bei der Bildung von Kulturwirtschaftsmodellen. Die Kulturstatistik kann nur Möglichkeiten zeigen, wir können sie

empirisch quantitativ abbilden. Dann können wir ggf. nur die Hälfte eines Wirkungszusammenhangs abbilden, die andere müssen wir hermeneutisch ergänzen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir arbeiten in der Schweiz gerade an einem Modell, wie wir die Designerszene erfassen können. In diesem Zusammenhang werde ich stets gefragt, wie man die Kleinstunternehmensdaten, die Mikrostrukturen mit erfassen kann. Hier muss ich jedes Mal passen, denn ab einer gewissen Grenze ist es nicht möglich. Das heißt, wir diskutieren mit Modellen von Pierre Bourdieu und fragen über qualitative Interviews in der Szene: Was ist Euer wesentliches Kapital? Ist es das kulturelle Kapital, ist es das soziale Kapital, ist es das ökonomische Kapital? Diese Modelle fließen jetzt plötzlich in ein Wirtschaftsmodell ein und bringen sehr viel mehr Gewinn ein als mein Fachgebiet Kulturstatistik und ich bin froh darüber.

Zu dem anderen Aspekt, der IHK: Diese würde sich natürlich anbieten. Erstmal hat sie die gleiche Systematik, weil auch sie die Wirtschaftszweiggliederung verwendet. Allerdings sind die IHKs in der Zuordnung nicht so sauber wie eine amtliche Statistik. Ein Designer könnte bei den Web-Designern oder bei den Atelier-Designern oder bei der Werbeagentur eingeordnet werden, das ist sehr willkürlich. Und zweitens haben sie natürlich Bestandsdaten über den gewerblichen Bereich. Für den freiberuflichen Bereich bestehen aber praktisch keine Bestandsdaten. Hier liegt natürlich das Herzstück aus der Warte der Kulturpolitiker, die den Fokus auf die Kreativszene richten müssen. Ich bestreite aber nicht, dass wir noch nie systematisch die IHK-Daten abgefragt und aufgearbeitet haben und ich sehe bereits, dass Bereitschaft der IHK's bestünde. Der Einwand ist also richtig.

Die Vorsitzende: Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen. Wir nähern uns jetzt dem Schluss dieser Anhörung. Herr Professor Kramer hatte noch eine Frage.

Prof. Dr. Dr. Dieter Kramer (SV): Ich entnehme Ihren Ausführungen, dass es Dinge gibt, die in der Statistik nicht erfasst werden. Und ich entnehme den Ausführungen von Frau Schwalm-Schäfer, dass die Wertschöpfungsketten nicht allein relevant sind. Ich schließe damit daran an, was vorhin bei Herrn Gorny als Frage auftauchte. Was es auf dem Markt schwer hat, soll durch die öffentliche Hand finanziert und gefördert werden. Aber die Definition dessen, was es außer der Oper auf dem Markt schwer hat, steht noch aus. Und es wäre auch die Aufgabe der Enquete-Kommission, darüber nachzudenken, was nicht in der Wertschöpfungskette auftaucht und trotzdem wichtig ist für das kulturelle Leben. Diese Frage ist noch offen. Dann ganz am Rande noch die Frage: Wie reagieren die Kreativen darauf, dass sie sich dauernd nur unter Wertschöpfungsketten und ähnliches subsumiert fühlen? Ist hier mit einem neuen Aufbruch der Künstler, einer neuen Protestwelle der Künstler zu rechnen?

Die Vorsitzende: Die Frage von Herrn Professor Kramer richtete sich nicht an die Sachverständigen, sondern an die Enquete-Kommission, die sich in der Pflicht sieht, es durchaus mit einer Definition zu versuchen. Frau Professor Dr. Binas-Preisendörfer bitte.

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer (SV): Meine Nachfragen richten sich sowohl an Herrn Söndermann als auch an Frau Schwalm-Schäfer. Herr Söndermann hat am Ende seiner Ausführung die Grenzen der Kulturwirtschaftsstatistik mit der Perspektive umrissen, dass man gegenwärtig mit Pierre Bourdieu versucht, das kulturelle Kapital zu beschreiben. Wenn ich jetzt als Kreativer der Bank gegenüber sitze

und meinen „Break Even“ auszuargumentieren versuche, wer gibt mir das Handbuch in die Hand, das zu vermitteln?

Die Vorsitzende: Frau Schwalm-Schäfer und Herr Söndermann bitte.

Katharina Schwalm-Schäfer (Referatsleiterin Kreativwirtschaft im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW): Sie sprechen ein zentrales Problem an, die Kulturwirtschaft hat es bei den Banken wirklich sehr, sehr schwer. Deswegen plädieren wir auch dafür, dass man einen Fonds auflegt, aus dem Kleinstkredite gezahlt werden können. Wir sind auch im Gespräch mit Banken, denn das Problem ist, dass die Banker die Geschäftsidee überhaupt nicht verstehen. Und auf eine Idee, die man nicht versteht, gibt man keinen Kredit. Und wenn der Künstler mit wenig betriebswirtschaftlichem Know-how aufwartet, dann hat der wirklich keine Chance. Deswegen müsste man am Anfang der Wertschöpfungskette etwas tun, um Leuten in den Markt zu helfen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Söndermann bitte.

Michael Söndermann (Büro Kultur Wirtschaft Forschung): Ich bin überzeugt davon, dass der Banker überhaupt kein Problem hat, und zwar aus folgender Logik heraus: Die Kulturwirtschaft besteht aus den Kreativen, der Kleinkunst, der Szene, die so genannte kleine Kulturwirtschaft. Sie besteht aber auch aus den etablierten kleinen Kulturunternehmen, kleinen mittelständischen – typisch IHK – Unternehmen. Und sie besteht aus den Majors, aus den Großunternehmen oder mittelständischen Großunternehmen. Wenn Sie dieses Konzept des kulturellen, des sozialen und des ökonomischen Kapitals anwenden, dann stellen Sie in der Kreativszene fest, dass dort das

meiste kulturelle, das meiste soziale, aber ganz wenig ökonomisches Kapital vorherrscht. Je etablierter Sie in den Unternehmensbereich kommen, desto weniger ist das soziale, noch weniger das kulturelle Kapital notwendig, aber desto mehr entwickelt sich ökonomisches Kapital. Und wenn es in den Großunternehmensbereich geht, wo fast nur Refinanzierungsüberlegungen eine Rolle spielen, spielt nur noch das ökonomische Kapital eine Rolle. Wenn der Banker den Zusammenhang sieht, dass der Kreative den Prototyp entwickelt, da er der Experimentierer ist, dann gibt er das Geld. Mit einem solchen Modell, mit einem solchen Finanzierungs- und auch Benefit- und Renditezusammenhang, dass er als Ersatz für ökonomische Rendite kulturelle und soziale Rendite nimmt, wird er es verstehen. Dem Banker muss klar gemacht werden: Der Kreative ist der Experimentierer für die gesamte Kreativwirtschaft.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Söndermann.

Jetzt kommen wir tatsächlich zum Schluss dieser Anhörung. Diese wollen wir aber nicht beschließen, ohne Sie noch einmal anzusprechen: Stellen Sie sich vor, die Enquete-Kommission wäre eine gute Fee und würde Sie jetzt nach Ihren drei Wünschen fragen. Welche würden Sie formulieren? Diese Frage richtet sich an alle Sachverständigen, mit Ausnahme von Herrn Kömpel, der sich bitte überlegt, wie er agieren würde, wenn er eine gute Fee wäre.

Herr Söndermann bitte.

Michael Söndermann (Büro Kultur Wirtschaft Forschung): Mein erster Wunsch wäre, dass dieses hochrangige Gremium, das ja als Erstes das Thema in der kulturpolitischen Bundesszene aufgegriffen hat – die anderen folgen jetzt erst nach, insofern großes Lob, große Anerkennung an Sie, dass Sie so frühzeitig die Bedeutung des

Themas erkannt haben – das Feld der Kulturwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Kreativszene aufgreift und aufnimmt.

Damit verbunden ist mein zweiter Wunsch, dass dieser nicht missbraucht wird zur Umdefinition und zur Umwidmung öffentlicher Kulturbetriebe hin zu marktwirtschaftlichen Betrieben. Hier läge eine große Gefahr, wenn das passieren würde. Sie sollten als Kulturpolitiker die Dinge in die Schranken weisen.

Und drittens erlauben Sie mir bitte in eigener, ganz egoistischer Sache für die Kulturforschung einen Wunsch zu äußern: Handlungsempfehlungen von der Hand in den Mund stehen auf zu schwachen Beinen: Eine systematische Kulturwirtschaftsforschung ist dringend von Nöten. Eine Kulturwirtschaftsforschung, die Modellbildung für Bund, Land und Kommunen betreiben kann, ist notwendig.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Söndermann. Frau Schwalm-Schäfer bitte.

Katharina Schwalm-Schäfer (Referatsleiterin Kreativwirtschaft im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW): Nachdem wir 2003 begonnen haben, das Thema Kulturstatistik in der Wirtschaftsministerkonferenz zu diskutieren, würde ich mich sehr freuen, wenn man jetzt nach drei Jahren endlich auch zu einem positiven Abschluss kommen könnte und die Enquete-Kommission zu einer Beschleunigung der Meinungsbildung auf Ebene der Bundesregierung beitragen würde. Das war der erste Wunsch.

Der zweite Wunsch: Ich würde mich freuen, wenn man sich nicht um den Bereich Kulturwirtschaft streitet, sondern jeder seine Hausaufgaben machen würde. Also die Kulturseite das macht, was sie am besten kann und die Wirtschaftsseite das erledigt, was sie erledigen kann. Nicht dass etwa die Kulturseite anfängt, Existenzgründer zu fördern, das ginge nämlich schief. Wir haben hier wirklich genug Erfahrungen in

NRW gesammelt. Damit einhergehen würde natürlich der Wunsch, dass man endlich auch zu ressortübergreifenden Gremien kommt und dass man auf der Ebene der Länder, des Bundes und der EU Ansprechpartner für Kulturwirtschaft installiert. Als ich die Länderarbeitsgruppe gebildet habe, wusste ich nicht, wen ich ansprechen sollte. Es gab nämlich keinen, der sich zuständig fühlte.

Der dritte Punkt ist, dass man am Übergang vom Kultur- in das Wirtschaftsressort Förderinstrumente bildet, die dieser Klientel entsprechen. Und dass man auf die Erfahrungen zurückgreift, die in der Förderung gemacht worden sind. Man braucht auf der Ebene der Kulturseite einen Fonds, aus dem man unbürokratisch die erste CD oder einen Tonstudiobesuch finanzieren kann. Das ist der Bereich, den die Wirtschaftsminister zurzeit noch nicht wahrnehmen. Man benötigt Hilfen in den Markt. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Schwalm-Schäfer. Herr Fesel bitte.

Bernd Fesel (Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft): Mein erster Wunsch wird Sie nicht überraschen, ich möchte noch einmal für einen Strategiewechsel bei der Politik-Ressortdiskussion plädieren. Mein Wunsch ist, über die Ressortdiskussion hinauszugehen und auch darüber hinauszugehen, nur regierungsintern ein Querschnittsgremium zu bauen. Mein Wunsch ist, dass auch die Akteure mit einbezogen werden, so wie das in England beispielhaft geschieht. Ich meine hier das Modell der „akteursbezogenen Agenturen“.

Der zweite Wunsch wäre tatsächlich, den Kreditmarkt für die Kulturwirtschaft zu öffnen. Ich denke nicht an öffentliche Garantien für Geschäftsbankenkredite, sondern es gibt Fondsmodelle, von der Immobilienwirtschaft bis hin zu den großen Tankern,

die privatwirtschaftlich finanziert sind. Das heißt, privatwirtschaftliche Kreditfinanzierung für die Kreativen. Ich glaube, das ist die Hauptwachstumsbremse.

Der dritte Bereich wäre Nachfragesteigerung. Hier wünsche ich mir, dass der öffentliche Bereich darauf Einfluss nimmt, dass tatsächlich mehr Kultursendungen im Radio und Fernsehen gesendet werden. Moderne Kultursendungen, nicht mit dem Zeigefinger.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Fesel. Herr Kömpel bitte.

Florian Kömpel (Justitiar British Music Rights): Darf ich den ersten Wunsch von Herrn Fesel erfüllen? Eine weitere Zusammenarbeit innerhalb der Regierung, aber auch mit der Industrie. Die Industrie – auch im Bereich der Kulturwirtschaft – ist nicht „böse“, auch Lobbyisten sind nicht „böse“.

Zweiter Wunsch ist das Musikmanifest: Eine ganzheitliche Politik ist notwendig. Dass es sich jedes Kind in Deutschland leisten kann, ein Instrument zu spielen und darauf dann auch eine wirtschaftliche Ausbildung folgt.

Dritter Punkt: Weiterbildung von Geschäftsmodellen. Die Regierung, aber auch die Verbände, haben eine wichtige Rolle, den kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch den individuell Wertschaffenden zu zeigen, wie besser gewirtschaftet werden kann. Hilfestellungen sind wichtig, auch finanzielle Hilfestellungen im Bereich der Banken. Wir argumentieren in England im Moment sehr stark für eine Kreativbank, denn in England haben Banken Probleme mit „intellectual property“.

Also drei Wünsche: Zusammenarbeit, ganzheitliche Ausbildung in allen Schulen und Unterstützung von Geschäftsmodellen.

Vielen Dank.

Karsten Jahnke (Verband der deutschen Konzertdirektionen): Mein erster Wunsch wäre, das Optionsrecht bei der Mehrwertsteuer einzuführen.

Mein zweiter Wunsch ist, die Ausländersteuerfrage in Deutschland einheitlich zu regeln und dem europäischen Recht anzugleichen.

Mein dritter Wunsch wäre, dass wir Privatveranstalter in den subventionierten Häusern zu den gleichen Bedingungen produzieren können wie die Häuser selber.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Jahnke. Herr Schultze bitte.

Bertram Schultze (Geschäftsführer der Leipziger Baumwollspinnerei): Mein erster Wunsch wäre die Möglichkeit des Eigenmitchlersatzes bei Stadtsanierungsmitteln durch Private etwas zu erweitern. Das ist momentan nur durch Stiftungen des Öffentlichen Rechts und gemeinnützige Vereine möglich. Das ist ein ganz wichtiges Instrument, um eine verstärkte Heimatbildung herbeizuführen.

Daran knüpft mein zweiter Wunsch an: Kultur als Stadtplanungsinstrument ist auch in einer Ihrer Fragen zu den transition spaces aufgetaucht. Die Frage war schon so formuliert, dass man annehmen musste, die Kultur wird eigentlich nur als Zwischennutzung zu einer zwischenzeitlichen Veredelung von Stadtquartieren herangezogen. Auch da muss ein Umdenken stattfinden. Kultur muss wachsen können, muss dauerhaft etabliert werden, muss dann natürlich zur Qualitätsbildung auch in die Quartiere eingebunden werden.

Mein dritter Wunsch: Eine grundsätzliche erhöhte Sensibilität gegenüber dem, was sich eigentlich so tut und was passiert. Und solange es keine Querschnittsgremien gibt, sollte man auch mal den Privaten anhören, der gute Ideen hat und diese guten Ideen auch teilweise schon vorweisen kann.

Danke.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Schultze. Herr Professor Gorny bitte.

Prof. Dieter Gorny (Stellvertretender Vorsitzender des Phono-Verbandes): In Ergänzung des bereits Gesagten habe ich nur zwei Wünsche: Ich wünsche mir erstens mehr Akzeptanz für den kulturellen und ökonomischen Wert der Kreativität und des geistigen Eigentums in der Bildung und im Rahmen einer längst überfälligen neuen Diskussion des Urheberrechts.

Mein zweiter Wunsch: Ich wünsche mir mehr kulturpolitischen Mut zur wirtschaftspolitischen Gestaltung des Themas Kulturwirtschaft.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Professor Gorny. Frau Professor Dr. Hausmann bitte.

Prof. Dr. Andrea Hausmann (Juniorprofessorin für Kulturmanagement an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O.): Ich bin eingeladen worden zu dem Spezialthema Kulturtourismus. Und weil Herr Professor Gorny jetzt nur noch zwei Wünsche hat, habe ich jetzt nur noch einen, dafür aber einen sehr großen Wunsch.

Mein Wunsch wäre es, dass man ein Best-Practice-Modell im Kulturtourismusbereich anstößt. Sinn und Zweck wird sein, Akteure aus Wissenschaft, Touristik, Kultur und Politik an einem „runden Tisch“ zusammenzuführen und das Problem anhand eines großen Projektes durchzudeklinieren. Dann sieht man, wo sind eigentlich die Fallgruben, die ja allgemein schon hier und da genannt worden sind. Ich wünsche mir, dass man eine Evaluation durchführt, wie so ein Projekt geklappt hat, dass man eine Art Kulturtourismusportal installiert, wo man im Internet die relevanten Informationen runterholen kann, so dass man das Rad nicht immer wieder neu erfinden muss.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Professor Dr. Hausmann.

Am Ende dieser Anhörung können wir feststellen, dass es für uns noch Einiges zu tun gibt. Sie haben uns Vieles mit auf den Weg gegeben. Das eine oder andere Stichwort werden Sie schon jetzt in Schlussberichtsentwürfen oder auch dem Zwischenbericht wieder finden können. Mit allen anderen Fragestellungen werden wir uns auch weitergehend beschäftigen. Wir sind sicherlich noch nicht so weit wie in Großbritannien, das ist deutlich geworden an der Darstellung von Herrn Kömpel. Wir sprechen sicherlich noch nicht mit solcher Selbstverständlichkeit von dem „Juwel“ der Kreativität als Wirtschaftsfaktor, wie Herr Professor Gorny es sich wünscht, doch ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir haben heute eine Menge über die Bedingungen, unter denen die Kultur- und Kreativwirtschaft agieren muss, gelernt. Über die Möglichkeit, die die Politik wahrnehmen muss, um diesen Prozess zu gestalten. Über die Möglichkeiten, wie statistisches Material aufbereitet werden könnte und welche Konsequenzen sich daraus ergeben würden. Fakt ist, dass Kultur- und Kreativwirtschaft aktiv durch die Politik unterstützt werden sollte oder wie es Toni Blair in einer Rede vor zwei Wochen in der Tate Gallery sagte (und das möchte ich dann doch auf Deutsch sagen): „Eine Nation, die sich um ihre Künste kümmert, ist nicht nur eine bessere Nation. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist sie auch die erfolgreichere.“

Wir hoffen, als Enquete-Kommission dazu einen Beitrag zu leisten, um diesen Prozess wie gewünscht auf Bundesebene vorantreiben zu können. Ich bin mir sicher, schon die Beschäftigung in dieser Enquete-Kommission hat Einiges bewirkt.

Ich danke den Experten ganz, ganz herzlich für Ihre Zeit, für Ihre Mühe, die Sie auch im Vorfeld aufgewendet haben, um unsere Fragen zu beantworten.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei Frau Schwalm-Schäfer, bei Frau Professor Hausmann, bei Herrn Söndermann, bei Herrn Fesel, bei Herrn Kömpel für die sehr, sehr weite Anreise und den optimistischen Ausblick, Herrn Jahnke, Herrn Schultze und Herrn Professor Gorny und möchte mich, bevor ich die Sitzung schließe, bei den Zuhörerinnen und Zuhörern bedanken. Sie haben sehr viel Geduld bewiesen, ich hoffe, dass Ihre Geduld belohnt wurde.

Und damit schließe ich diese Sitzung.

Ende: 17:45 Uhr

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'G' followed by 'ita' and a long horizontal line extending to the right.

Gitta Connemann MdB

Vorsitzende